Donnerstag, 31. Mai.

Westfälischer Merkur.

1906. — Nr. 267.

Der Westfäl. Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.

Beilagen: [illegible]
Redaktion: Salzstraße 1—3. [illegible]
Expedition: Königstraße 34. [illegible]
Verlag [illegible]
Probenummern: [illegible]
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernsprech-Anschluß: Redaktion Nr. 203, Expedition Nr. 112.

Gegründet 1822. **Morgen-Ausgabe.** 85. Jahrgang.

Bezugspreise:
Vierteljährlich: [illegible]
Zweimonatlich: [illegible]
Einmonatlich: [illegible]
Einzelnummer: [illegible]

Anzeigenpreise:
Für die Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Reklamezeile [illegible]
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 34, [illegible]

+⊖ Die neue Entrüstungskomödie.

Alles schon dagewesen! Vor 22 Jahren wurde mal bei der Etatsberatung ein Direktorposten abgelehnt, den Fürst Bismarck für das Auswärtige Amt verlangt hatte. Aus dieser Bagatelle wurde flugs eine Haupt- und Staatsaktion gemacht und von den Nationalliberalen nebst ihren konservativen Mitläufern ein künstlicher Entrüstungssturm veranstaltet, der sich in erster Linie gegen das Zentrum richtete. Das Zentrum sah mit lächelndem Erstaunen dieser Froschaufblaserei zu; denn ihm war die ganze Direktorangelegenheit als eine nebensächliche, gleichgültige Zweckmäßigkeitsfrage erschienen.

Ein Jahrzehnt später gab es wieder einen Rummel der „Entrüstung". Nämlich bei der Verweigerung der Reichstagsgratulation zum 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck, der inzwischen aus dem Reichslenker zum Reichskänker geworden war. Bei dieser Gelegenheit ließen die Kartellparteien sich in ihrem blinden Eifer in Ausnützung der Situation zu einer Abstinenzpolitik verleiten; der konservative Reichstagspräsident trat demonstrativ zurück, und die gesamten Kartellparteien verweigerten die Teilnahme an dem neuen Präsidium.

Und was ist bei diesen allen Entrüstungsfeldzügen gegen das Zentrum herausgekommen? Für die Veranstalter nichts Gutes. Die Demonstration wegen des „Direktors" erwies sich bald als viel Lärm um nichts und fiel ins Meer der Vergessenheit. Aus dem großen Feldzuge von 1895 trug das Zentrum die Ehre des Reichstagspräsidiums davon, die ihm bis heute verblieben ist.

Jetzt läßt man die alten Entrüstungsböller wieder knallen. Wie damals der streitige Direktor, so soll jetzt das abgelehnte Kolonialamt zum Konfliktsköchen aufgeblasen werden. Und wie 1895 die Kartellparteien zum Präsidialstreik griffen, so schalten sie jetzt die Mitwirkung ab, als die im Etat entstandene Lücke ausgefüllt und die unbedingt notwendige Mehrarbeit der Beamten in der Kolonialabteilung geordnet werden sollte.

Es ging auch so! Das Präsidium des Reichstags ist vor 11 Jahren nicht unterbrochen worden, und der regelmäßige Geschäftsgang bei der Kolonialdirektion ist auch jetzt sichergestellt. Die Kartellmitglieder haben mit ihrem passiven Widerstand vom Montag nichts weiter ausgerichtet, als daß sie den Leiter des Kolonialamts um den Titel und die Bezüge des Unterstaatssekretärs gebracht haben. Die hätte er nämlich schon gleich haben können; als aber die Kartellparteien „nicht mehr mitspielen" wollten, mußte man sich mit der Erhaltung der alten Ordnung begnügen.

Welchen Titel der Leiter der Kolonialverwaltung führt und ob er unmittelbar dem Reichskanzler oder zunächst dem Staatssekretär des Auswärtigen untergeordnet sein soll, das ist dem Volke, um mit Bismarck zu reden, Wurscht. Das ist eine Organisations- und Zweckmäßigkeitsfrage, die der vernünftige Urwähler in aller Gemütsruhe den Sachverständigen überläßt. Aber die Drahtzieher vom Kartell wollen durchaus „Entrüstung" sehen. Zu dem Zweck soll nun aus der verwaltungstechnischen Angelegenheit eine konfessionelle Streit- und Hetzfrage gemacht werden! Nichts einfacher als das! Der Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg hat als Regent eines thüringischen Staates seine Regierung gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes stimmen lassen, was bekanntlich keinen Schaden angerichtet hat. Er soll auch bei Einweihung der Protestationskirche in Speyer zugegen gewesen sein, woran von den deutschen Katholiken sich nur wenige Leute mit starkem Sammelgedächtnis noch erinnern werden. Das genügt, um die ganze Presse der Mittelparteien, des Evangelischen Bundes, der Alldeutschen und der sonstigen Kulturkämpfer der Welt verkünden zu lassen, daß der Erbprinz zu Hohenlohe ein Matador des Protestantismus sei und daß das Zentrum das selbständige Kolonialamt nur deshalb abgelehnt habe, um in der Person des Erbprinzen den Protestantismus zu treffen. Also bitte, entrüstet euch von Memel bis Trier, denn am letzten Samstag hat im Deutschen Reichstag Rom über Wittenberg triumphiert!

Es ist Wahnsinn, aber es hat Methode. Beweise brauchen die Hetzer anscheinend nicht; ihnen genügt die fortwährende Wiederholung der Märchen; es bleibt ja bekanntlich immer etwas hängen.

(Telegramm.) **Abgeordnetenhaus.** Nachdem das Haus die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Brust auf dessen Antrag gegeben hat, und mehrere Rechnungssachen erledigt sind, tritt das Haus in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betr. Bereitstellung von Geldmitteln für die nach dem Gesetz vom 12. August 1905 durchzuführenden Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse der oberen und mittleren Oder.

Abg. Stoffer (kons.) bittet um Annahme des Gesetzentwurfs, der die Staatsregierung ermächtigt, zu Regulierungszwecken der Oder zunächst 15 Millionen zu verwenden.

Abg. Graf Praschma (Zentr.) stimmt gleichfalls der Vorlage zu.

Der Landwirtschaftsminister weist darauf hin, daß das Gesetz sich lediglich auf die Oder beschränke.

Darauf wird die Vorlage in zweiter Lesung angenommen.

Dann folgt die Beratung des Staatsvertrages zwischen Preußen, Bayern, Baden und Hessen wegen der Kanalisierung des Mains von Offenbach bis Aschaffenburg vom 21. April 1906.

Die Kommission beantragt, den Staatsverträgen die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben.

Abg. Funk (freis. Vp.) erklärt seine Zustimmung zu den Vorlagen, betont aber, daß die grundsätzlich ablehnende Tendenz seiner Partei gegen die Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen unverändert sei. Die Rechtslage sei noch keineswegs geklärt. § 19 des Kanalgesetzes vom vorigen Jahre sei nach der Ansicht hervorragender Rechtslehrer ein Eingriff in die Reichsverfassung.

Abg. Pappenheim (kons.) erklärt, theoretische Erörterungen über die Schiffahrtsabgaben hätten jetzt wenig Wert. Hoffentlich werde die Einsicht über die Notwendigkeit derselben in weitere Kreise dringen. Was die finanzielle Bedeutung des vorliegenden Staatsvertrages angehe, so sei diese für Preußen durchaus keine glänzende. Preußen müsse aber in diesem Vertrage Bayern ein Opfer bringen, da dieser Bundesstaat das vitalste Interesse daran habe. Durch die Einführung von Schiffahrtsabgaben werde die Reichsverfassung nicht verletzt. Redner erwartet, daß die Vorlage den § 19 des Kanalgesetzes strenge berücksichtige und nicht daran rüttelt oder deutelt. Insbesondere seien seine Freunde nicht bereit und in der Lage, weitere Verbesserungen der Schiffahrtsstraßen zu

Deutschland.

Berlin, 30. Mai.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Fregattenkapitän v. Rebeur-Paschwitz ist vom Reichsmarineamt zum diensttuenden Flügeladjutanten ernannt und der Fregattenkapitän Souchon zum Reichsmarineamt versetzt worden.

Der Landrat des Kreises Lüben, Frhr. v. Tschammer-Quaritz, ist zum 1. Juli als Hülfsarbeiter in das Finanzministerium berufen worden.

Für die Reichstagsersatzwahl in Hannover-Linden, die am 22. Juni stattfindet, ist von der nationalliberalen Partei der Senator Fink als Kandidat aufgestellt worden.

Für die Reichstagsersatzwahl in Rinteln-Hofgeismar, die durch den Tod des antisemitischen Abg. Grafen Reventlow notwendig geworden ist, wird die deutschsoziale Partei nach dem „Reich" den Bürgermeister Herzog aus Oberkirchen, Kreis Rinteln, als Kandidaten aufstellen.

§ **Zur Reichstagsersatzwahl in Beuthen-Tarnowitz.** Die Vorbereitungen für die Wahl, deren Termin bekanntlich auf den 12. Juni festgesetzt ist, sind im Gange. Vier Kandidaten sind es, die um die Würde eines Volkstribunen streiten: Berginspektor Muschallik (Zentr.), Chefredakteur Napieralski (Pole), Generaldirektor Bergrat Remy, der nationalliberale, von den deutschen Zwergparteien aufgestellte Kandidat, und der Sozialdemokrat Arbeitersekretär Schottoffek. Wie bereits früher dargelegt, ist die Aufstellung der deutschen Sonderkandidatur unter der falschen Voraussetzung erfolgt, daß der Zentrumsmann dem Deutschtum keine genügende Bürgschaft biete. Wer jedoch die bereits abgehaltenen Zentrumswählerversammlungen zu verfolgen Gelegenheit gehabt, wird sich der Ansicht nicht verschließen können, daß die deutschen Interessen am aussichtsreichsten nur von dem Zentrumskandidaten ausgefochten werden können, und zwar gerade deshalb, weil ihn keine aggressive Tendenz gegen das Polentum leitet. Seine Haltung wird ihm freilich von Napieralskis Gefolge sehr verdacht, wie der Verlauf der Sonntag, 27. Mai, in Königshütte abgehaltenen polnischen Zentrumswählerversammlung zeigte. Als in dieser von etwa 600 Personen besuchten Versammlung Muschallik in klarer und überzeugender Weise sein Programm entwickelte, erhob sich bald ein Murren und schließlich lauter Lärm und Tumult, deren Urheber die zahlreich erschienenen Nationalpolen — zumeist junge Burschen — waren. Als der Vorsitzende, Pfarrer Zielonkowski, diese wegen ihres Verhaltens aufforderte, den Saal zu verlassen, wurde ihm als Antwort zugerufen: Du kannst gehen, du gehörst in die Kirche und nicht hierher. Ebenso erging es dem Reichstagsabgeordneten Erzpriester Glowatzki, als dieser ausführte, daß derartige, der Würde des Volkes und der verhandelten Sache nicht entsprechende Szenen nicht einmal in der Zeit des Kulturkampfes vorgekommen seien. Ihm rief man zu: Wir sind Katholiken, aber keine Staatskatholiken. Der Tumult, welcher die schwersten Beleidigungen gegen hochangesehene Männer zutage förderte, zwang schließlich zur Schließung der Versammlung. Die Polen haben hier durch ihr Benehmen gezeigt, daß es ihnen weniger um die würdige Vertretung ihrer Interessen als um die Betätigung ihrer radikalen Ideen, vorläufig in kleinem Maßstabe, zu tun ist. — Ruhiger verlief die deutsche Zentrumswählerversammlung, welche an demselben Tage in Königshütte stattfand. Zwar versuchten einige anwesenden Radikalpolen auch hier Ruhestörungen herbeizuführen, aber sie erreichten ihren Zweck nicht. Reichstagsabgeordneter Erzpriester Glowatzki gab einen Rückblick über die politische Entwickelung in Oberschlesien. Er führte aus, wie Napieralski vor etwa 3½ Jahren nach Berlin zu den Zentrumsführern gekommen sei und sie um Schutz und Unterstützung gegen Korfanty und den „Gornoslazak" gebeten habe. Jetzt aber erkläre derselbe Mann, daß er nie ein Freund, sondern stets ein Feind des Zentrums gewesen sei. Die Ausführung Glowatzkis sowie die des Kandidaten Muschallik fanden lebhafte Zustimmung. Wie aus dem Verlaufe der Versammlungen hervorgeht, wird der Parteikampf mit äußerster Erbitterung geführt werden. Für die deutschen Wähler soll der Haß, mit dem die Polen gegen das Zentrum kämpfen, der beredteste Beweis dafür sein, daß ihre nationalen Interessen am besten vom Zentrumskandidaten vertreten werden. Daraus erwächst ihnen — besonders aber den deutschen Katholiken, welchen schon ihre Konfession die Unterstützung eines nationalliberalen Kandidaten unmöglich macht — die Pflicht, mit Eifer für den Zentrumskandidaten Muschallik einzutreten.

Ob der Erbprinz zu Hohenlohe bereit sein wird, als Kolonialdirektor in den Reichsdienst zu treten, läßt sich, wie der „Köln. Ztg." aus Berlin telegraphiert wird, zur Stunde noch nicht übersehen. Das offiziöse Blatt meint, daß der Erbprinz im Interesse der Sache auch als Unterstaatssekretär an der Spitze der Kolonialverwaltung verblieben wäre. Wie er sich zur Annahme des Direktorpostens, der jetzt allein in Frage kommt, stellen wird, ist zurzeit noch unbekannt. — Der „Berl. Börsenkourier" schreibt: „Verschiedene Blätter verzeichnen heute das Gerücht, der stellvertretende Direktor der Kolonialabteilung, Erbprinz zu Hohenlohe, habe um seine Entlassung gebeten. Demgegenüber können wir auf Grund verläßlicher Informationen feststellen, daß diese Nachricht falsch ist, und der Erbprinz keine Rücktrittsgedanken kundgegeben hat."

Das Diätengesetz hat im Reichstage gleich am ersten Tage seiner Gültigkeit eine eigentümliche Wirkung gehabt. Die „Nationalztg." erzählt darüber: Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann glitt während der Sitzung infolge der herumliegenden Papierschnitzel aus und verrenkte sich den Arm. Herr Dr. Mugdan ließ ihm seine ärztliche Hilfe angedeihen und kurierte auch den Schaden in kurzer Zeit. Inzwischen jedoch war im Sitzungssaal eine namentliche Abstimmung vorgenommen, und die Folge ist, daß beiden Herren, obwohl sie fast den ganzen Tag an den Verhandlungen teilnahmen, wegen Versäumung einer namentlichen Abstimmung 20 Mk. von ihren Diäten abgezogen werden.

Die wichtigsten Ergebnisse des Weltpostkongresses, der, wie gemeldet, am Samstag in Rom feierlich geschlossen worden ist, sind für das Publikum die Herabsetzung des internationalen Briefportos — statt nach Gewichtsstufen von 15 Gramm wird nach solchen von 20 Gramm gerechnet, und für schwerere Briefe werden für die ersten 20 Gramm 50 Cts., für die folgenden je 15 Cts. erhoben — sowie die Einführung von Antwortwertzeichen, die in Form von Coupons im Nennwerte von 25 Cts. von dem internationalen Postbureau in Bern hergestellt und an die Vereinsverwaltungen abgegeben werden, die sie wiederum mit einem Aufschlag, der nicht unter 3 Cts. betragen soll, an das Publikum verkaufen. Der Empfänger eines Briefes mit einem derartigen Coupon hat diesen bei den Postanstalten seines Landes gegen ein Landeswertzeichen umzutauschen, das er zur Frankierung seines Antwortbriefes benutzt. Die Erwartung, daß die Erhöhung des einfachen Briefgewichts von 15 auf 20 Gramm u. a. die Folge haben würde, daß England, einem mehrfach geäußerten Wunsche der eigenen Handelskammern entsprechend, nunmehr Schritte zur Annahme der Grundform des metrischen Dezimalgewichts tun würde, scheint sich, der „Voss. Ztg." zufolge, nicht zu bestätigen. Nach einem „Times"-Artikel hat sich die britische Postverwaltung vielmehr das Recht gewahrt, an Stelle des Gewichts von 20 Gr. die Unze englischen Gewichts (gleich 28,34 Gr.) zu setzen, was für die englische Handelswelt einen erheblichen Vorteil gegenüber anderen Ländern bedeuten würde.

Denkschrift über die Frage der Arbeitslosenversicherung. Die „Berl. Korresp." teilt mit: Im Verfolg des Reichstagsbeschlusses vom 31. Januar 1902 arbeitete im Auftrage des Bundesrates das Kaiserliche Statistische Amt eine soeben veröffentlichte Denkschrift über die bestehenden Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit aus. Die Ergebnisse der Untersuchung faßt die Denkschrift dahin zusammen, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit selbst nicht auf dem Wege der Versicherung zu erfolgen hat, sondern teils durch vorbeugende Maßnahmen allgemeinen Charakters, teils durch Vermittelung vorhandener Arbeit und Arbeitsbeschaffung (Notstandsarbeiten), während die Versicherung nur eine Sicherstellung gegen die aus der Arbeitslosigkeit sich ergebenden wirtschaftlichen Folgen zu bieten hat. Der gegenwärtige Zustand im Deutschen Reiche sei nicht geeignet, einer Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung als Unterlage zu dienen; vielmehr müsse erst der Ausbau, die Zusammenfassung und die organische Verbindung der einzelnen Formen des Arbeitsnachweises erfolgen, um die Vorbedingungen für die Lösung des Problems zu schaffen.

Von der neuen Eisenbahnverkehrsordnung hat das Reichs-Eisenbahnamt einen vorläufigen Entwurf an die beteiligten Bundesregierungen ausgegeben. Die Beratung erfolgt in einer Konferenz von Vertretern der Bundesstaaten im Herbst d. J. Die hauptsächlichsten Gesichtspunkte, von denen bei Aufstellung des Entwurfes ausgegangen wurde, ergeben sich aus der allgemeinen Begründung, die dem Entwurf beigegeben ist und die nach der Münchener „Allgem. Ztg." wie folgt lautet:

„Die heutige Eisenbahn-Verkehrsordnung beruht noch zum großen Teil auf den alten Betriebsreglements vom 10. Juni 1870 und vom 15. Mai 1874, deren Vorschriften sich in ihr vielfach wörtlich vorfinden. Diese Reglements sind wieder aus den Betriebsreglements des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen vom 1. März 1865 hervorgegangen, die nur die einfacheren Verkehrsverhältnisse jener Zeit berücksichtigten und der damaligen Auffassung entsprechend den Eisenbahnbeförderungsvertrag als reinen Privatabkommen behandelten. Durch die Verkehrsordnungen vom 15. November 1892 und vom 26. Oktober 1899 wurde hieran wenig geändert, auch die bisherige Anordnung des Stoffes im ganzen und großen beibehalten. Zur Wahrung der Kontinuität beschränkte man sich hauptsächlich darauf, die Vorschriften mit der neueren Gesetzgebung in Einklang zu bringen. Hierauf beruht es, daß die zurzeit gültige Eisenbahn-Verkehrsordnung den Bedürfnissen des modernen Verkehrs nicht immer in erwünschter Weise Rechnung trägt und infolge der vielen Ergänzungen und Einschaltungen unübersichtlich geworden ist — Mängel, die namentlich von der Handelswelt täglich lästiger empfunden werden. Die Eisenbahnverwaltungen haben versucht, den Forderungen des heutigen Verkehrslebens dadurch gerecht zu werden, daß sie zahlreiche Zusatzbestimmungen trafen. In dieser Form ist aber die Rechtsgültigkeit einzelner von ihnen — und darunter recht wichtiger — nicht zweifellos, weil sie nicht nur als Ergänzungen, sondern auch als Aenderungen der Verkehrsordnung aufgefaßt werden können, und es empfiehlt sich deshalb, durch Aufnahme dieser Vorschriften in die Verkehrsordnung eine klare Rechtslage zu schaffen. Ein weiterer Teil der Zusatzbestimmungen wird deshalb aufzuheben sein, weil sie ihrem Wesen nach in die Verkehrsordnung selbst gehören. Die Beseitigung der Mängel kann nur durch eine gründliche Neubearbeitung der Eisenbahn-Verkehrsordnung erreicht werden. Ihre Notwendigkeit ergibt sich aber daraus, daß das internationale Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr infolge der Beschlüsse der Berner Revisionskonferenz vom Juli 1905 vielfach geändert werden wird. Da von der bisherigen bewährten Uebung, die Vorschriften der Eisenbahn-Verkehrsordnung mit den entsprechenden des internationalen Uebereinkommens in Uebereinstimmung zu halten, nicht abgewichen werden soll, so muß die Verkehrsordnung ebenfalls geändert werden. Endlich empfiehlt es sich, die aus der früheren Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen stammenden Vorschriften der Verkehrsordnung mit denjenigen der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 4. November 1904 in Einklang zu bringen. Bei der Neubearbeitung wird zugleich, soweit es sich nicht um Bestimmungen aus dem internationalen Uebereinkommen handelt, die Sprache der Verkehrsordnung der Sprache der neuen Gesetze anzupassen sein."

§ **Errichtung und Verwertung staatlicher Kornhäuser.** Dem Abgeordnetenhause ist eine Nachweisung über die Verwertung der zur Errichtung landwirtschaftlicher Getreidelagerhäuser bereitgestellten Mittel zugegangen, aus welcher folgendes mitgeteilt sei:

Von der pro 1904 und 1905 ausgeworfenen 5 000 000 Mark wurden 4 505 195 Mark 24 Pfennige verausgabt, so daß noch 494 804 Mark 76 Pfennige vorhanden sind. Die verausgabten Beträge stehen fest und sind vorschriftsmäßig abgerechnet worden. Die Errichtung neuer Kornhäuser auf Staatskosten ist nicht beabsichtigt. Die Gründung von Kornhäusern wird in Zukunft da, wo das Bedürfnis hervortritt, in der Regel auch ohne staatliche Unterstützung mit der Kreishilfe der inzwischen wesentlich erstarkten Verbandsgenossenschaften möglich sein. Eine Erhöhung des Kredits von Millionen Mark ist deshalb weder erforderlich, noch in Aussicht genommen; der staatliche Kornhausversuch kann als abgeschlossen gelten. Unter diesen Umständen hat eine weitere Berichterstattung über die Verwendung des Kornhausfonds kaum noch Bedeutung und Interesse. Es ist deshalb beabsichtigt, mit den vorliegenden Darlegungen die Berichterstattung über die Verwendung des Kornhausfonds abzuschließen, sofern nicht etwa besondere Verhältnisse einen Nachtrag geboten erscheinen lassen. Das Versuchslagerhaus in Berlin wird demnächst mit der Versuchsbäckerei und Versuchsmühle zu weiteren Versuchszwecken vereinigt werden. Getreidelagerhäuser und zwar in Tilsit, Stolp, Tarnowitz, Neutalz(?), Nordhausen und Hanau sind verkauft worden für 939 347,80 Mark gegen 1 150 542,66 Mark. Acht Getreidelagerhäuser und zwar in Barth, Kolberg, Pelplin, Einbeck, Hofgeismar, Hohenecke(?) und Zierenberg wurden auf eine längere Reihe von Jahren weiter vermietet. Es bleiben 7 pommersche Getreidehäuser — Cammin(?), Falkenburg, Grammow(?), Neustettin, Plathe, Pyritz, Stargard — und dasjenige in Halle zurzeit leer stehen. Die Weiterverwertung auch dieser Getreidelagerhäuser wird im Auge behalten. Ein allgemein gültiges vergleichendes Urteil über den Wert der verschiedenen Formen genossenschaftlicher Getreideverwertung läßt sich aus den gewonnenen Erfahrungen nicht mit Sicherheit ableiten. Vom Kommissionsverkauf und von der Lombardierung ist verhältnismäßig wenig Gebrauch gemacht worden. Die große Mehrzahl der Kornhausgenossenschaften hat den Getreideverkauf von den Mitgliedern und den Weiterverkauf auf eigene Rechnung unter Bezahlung fester Preise an die Genossen übernommen. Nach den veröffentlichten Bilanzen der Genossenschaften für das letzte Geschäftsjahr arbeiteten 21 Getreidelagerhäuser mit einem Gewinn von zusammen 240 133,77 Mk. und nur 3 Getreidelagerhäuser mit einem Verlust von zusammen 3286 Mk. 61 Pfg.; über 11 Getreidelagerhäuser fehlen die Angaben. Im ganzen erscheint das Urteil gerechtfertigt, daß der genossenschaftliche Kornhausbetrieb den Erwartungen im wesentlichen entsprochen hat. Die Uebersicht über die finanziellen Ergebnisse läßt erkennen, daß ihre große Mehrzahl den richtigen Standpunkt eingenommen hat und vertritt.

Deutsche Kolonien.

Hamburg, 29. Mai. Ein Transport in Stärke von 20 Offizieren, 291 Unteroffizieren und Mannschaften und 980 Pferden geht morgen auf den Dampfern „Professor Woermann" und „Pisa" nach Südwestafrika ab.

Frankreich.

Ein Kolonialskandal.

Paris, 29. Mai. „Matin" berichtet, daß auf Grund einer Klage, welche dem Generalprokurator für Westafrika zugegangen ist, eine Untersuchung gegen die Verwaltungsbeamten Noirot und Hubert eröffnet worden ist. Die beiden hohen Beamten sind beschuldigt, 15 Morde begangen zu haben. Dem ersteren werden 9, dem letzteren 6 vorgeworfen, außerdem willkürliche Verhaftungen, Bestechung von Beamten usw. Die betreffenden Beamten befinden sich in einem kleinen Königreiche, dessen Monarch gestorben ist. Es handelte sich darum, dem Monarchen einen Nachfolger zu geben.

Paris, 30. Mai. **(Telegramm.)** Die französischen Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe traten heute im erzbischöflichen Palast zusammen, um zum Trennungsgesetz Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen sind geheim.

Paris, 30. Mai. **(Telegramm.)** Im gestrigen Ministerrat legte Finanzminister Poincaré dar, daß das Budget für 1907 infolge der von den einzelnen Ministern aufgestellten Ausgabeetats einen Fehlbetrag von 230 Millionen Francs aufweisen werde. Dieses Defizit wird verursacht 1) durch neue Ausgaben von 40 Millionen für das Marineministerium und 30 Millionen für das Kriegsministerium, 2) durch die Summe von 70 Millionen, welche für die Durchführung der verschiedenen Gesetze, insbesondere des Gesetzes betr. die obligatorische Unterstützung der Greise erforderlich ist; 3) durch Mindereinnahmen des laufenden Budgetjahres 90 Millionen. Poincaré erhob gegen die Vermehrung der Kriegs- und Marineausgaben gewisse Vorbehalte und erklärte, daß er sich jedenfalls gegen die Aufstellung eines außerordentlichen Kriegs- und Marinebudgets aussprechen müsse. Da von dem geplanten Einkommensteuerentwurf eine prinzipielle Verbesserung der Vorlage nicht zu erwarten wäre, regten mehrere Minister an, die bisherige Steuer zu erhöhen und außerdem eine Einkommensteuer einzurichten, welche [illegible] Vermögen treffen würde. Ferner wurde die Frage erörtert, ob nicht durch Einführung eines Steuermonopols, so namentlich eines Petroleumraffinadenmonopols, die zur Deckung des Ausfalls erforderlichen Millionen beschafft werden können.

Italien.

§ **Rom**, 26. Mai. Die päpstliche Diplomatie in Rom besteht, wie bekannt, aus zwei Hauptorganen: dem Staats-Sekretariat und der Kongregation der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten; das eine Organ vervollständigt das andere. Unterstaatssekretär der Kongregation der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten war Msgr. Joseph Aversa, früher Auditeur der Nuntiatur in Wien, ein noch junger, aber äußerst befähigter Prälat, dem im vorigen Jahre eine wichtige Mission in Kuba anvertraut wurde, infolge deren er jetzt zum Apostolischen Delegaten von Kuba, mit der Würde eines Titularerzbischofs von Sardes, ernannt worden ist. Von hier aus wird er wahrscheinlich bald als Apostolischer Vertreter an die Spitze einer Nuntiatur gestellt werden; denn man spricht viel von nahe bevorstehenden Veränderungen in der vatikanischen Diplomatie. Für die Stelle des Unterstaatssekretärs der obengenannten Kongregation ist Professor Umberto Benigni berufen worden, bisher „minutante" (Sekretär) der Kongregation der „Propaganda Fide". Die Wahl ist als eine sehr glückliche anzusehen. Prof. Benigni ist einer der Männer, welche der Prälatur zur Ehre gereichen, befähigt, gelehrt und hervorragend tätig. Kaum 42 Jahre alt, hat er schon ein weites Arbeitsfeld hinter sich. Gebürtig aus Perugia, trat er dort, unter dem Schutz Leos XIII., damals Kardinal und Erzbischof jener Diözese, in das Seminar ein. Er zeichnete sich besonders durch eifriges Studium der Geschichte aus und verblieb später als Professor dieser Wissenschaft im Seminar. Als einer der Pioniere der christlich-sozialen Bewegung begrüßte er die Enzyklika Rerum Novarum mit Freude und Begeisterung. In der von ihm damals herausgegebenen „Rassegna Sociale" arbeitete in den ersten Jahren der Advokat Mauri, Direktor des „Momento". Nach dem Katholiken-Kongreß 1892 in Genua, wo ich ihn kennen lernte und enge Freundschaft mit ihm schloß, übernahm er als Chefredakteur die Redaktion der „Eco d'Italia", durch seine energische Tätigkeit diesem alten Blatte neues Leben gebend. Damals sprach man viel davon, eine neue, große, moderne, in Genua erscheinende Tageszeitung herauszugeben, deren Direktion er dann übernommen haben würde, doch verschiedene ungünstige Umstände hinderten das Unternehmen, und Professor Benigni wurde als Schreiber (scrittore) der Vatikanischen Bibliothek nach Rom berufen. Hier setzte er mit Fleiß die Geschichtsstudien fort und veröffentlichte unter anderem ein Buch über „Christlich-soziale Oekonomie zur Zeit Konstantins." Kurz darauf wurde er zum Professor der Geschichte an der päpstlichen Universität der Apollinare ernannt, zugleich trat er für längere Zeit von neuem dem Journalismus näher als Direktionsmitglied der „Voce della Verità". Diese Widerwärtigkeiten veranlaßten ihn zurückzutreten und die ihm gebotene Stellung an der „Propaganda Fide" zu übernehmen. Gegenwärtig steht die Veröffentlichung des ersten Bandes eines bedeutenden Werkes Prof. Benignis bevor: „Die soziale Geschichte des Christentums" (Storia sociale del Cristianesimo). Herausgeber Vallardi-Mailand.) Monsignore Benigni — es ist der erste Tag, an dem ich dem verehrten Freunde diesen Titel geben darf — wird sicher noch viele gute Dienste — „[illegible]" — der Kirche leisten.

Spanien.

Madrid, 29. Mai. Heute nachmittag trafen zur Hochzeit des Königs verschiedene Fürstlichkeiten ein, darunter Prinz Albrecht von Preußen mit seinem Sohn und einer deutschen Abordnung. Sie wurden am Bahnhof vom Infanten Don Carlos, dem Botschafter v. Radowitz, den Räten und Attachés der Botschaft empfangen. Nach dem Abschreiten der Front der Ehrenkompagnie begab sich Prinz Albrecht mit Gefolge in das prächtige Palais Villamejor, wo er Wohnung nimmt. Um 4 Uhr empfing der König die Fürstlichkeiten. Abends ist im Pardopalast eine Theateraufführung. — Eine königlich sächsische Mission, bestehend aus dem Generalintendanten Grafen Seebach und dem Oberregierungsrat Damiani, ist gestern hier eingetroffen und wird morgen ihr Beglaubigungsschreiben überreichen.

Großbritannien.

London, 30. Mai. Der „Daily Telegraph" will aus Berlin (?) erfahren, ein Besuch des Kanalgeschwaders in der Ostsee, und zwar in Lübeck (?), Pillau und einigen schwedischen Häfen nach den englischen Flottenmanövern stehe fest und sei schon amtlich angekündigt worden. Die Ausdehnung der Besuchsfahrt bis Kronstadt stehe noch nicht fest, sei aber wahrscheinlich. Bestätigung der Nachricht bleibt abzuwarten.

Rußland.

Odessa, 29. Mai. In Sebastopol haben die Behörden weitverzweigte Anschläge entdeckt, alle Offiziere zu ermorden und die Arsenale zu besetzen. Die Truppen sind nur teilweise zuverlässig, während die Mannschaften der Schwarzen-Meer-Flotte sämtlich mißvergnügt sind. Die Lage bezüglich des Geschwaders ist so ernst, daß schleunigst ein Schlachtschiff und ein Kreuzer bemannt wurden und zwar hauptsächlich mit Offizieren, um die Schiffsmannschaften einzuschüchtern und nötigenfalls auf die ungetreuen Besatzungen der anderen Schiffe zu feuern, auf denen die Geschützverschlüsse entfernt wurden.

Memel, 29. Mai. Die ostpreußischen Frühblätter melden aus Mitau: Der General Bocabowun(?) wurde auf seinem Gute Charlottenhof(?) von Terroristen erschossen. Das Schloß Charlottenhof(?) brennt. Von Mitau ist eine Militärabteilung abgegangen.

Kutais, 30. Mai. **(Telegramm.)** Hier wurden in voriger Nacht gegen den früheren Generalgouverneur Alichanow auf der Fahrt zum Bahnhof 2 Bomben geschleudert. Der General wurde an der Hüfte verwundet. Von den Vorübergehenden ist eine Person getötet und drei verwundet worden. Die Attentäter entkamen.

Schweden.

Das neue Kabinett.

Stockholm, 29. Mai. Das neue Kabinett ist in folgender Zusammensetzung zustande gekommen: Arvid Lindman Ministerpräsident und Minister ohne Portefeuille, Beisitzer beim höchsten Gericht Albert Petersson Justizminister, Admiral Dyrssen Marine, Rektor Juhlin Inneres, Schwarz Finanzen, Hammarskjöld Kultus, Alfred Petersson Landwirtschaft. Die bisherigen Minister Trolle (Aeußeres) und Tingsten (Krieg) behalten ihre Portefeuilles. Zu Ministern ohne Portefeuille wurden ferner ernannt: der Beisitzer beim höchsten Gericht Hederstierna und Landessekretär Roos. Von den Mitgliedern des neuen Ministeriums haben die Herren Lindman, Albert Petersson, Hammarskjöld, Alfred Petersson und Trolle dem Koalitionsministerium Lundeberg-Staaff angehört, das im vorigen Jahre nach den Ereignissen vom 7. Juni die Abwickelung mit Norwegen zu besorgen hatte. Mitglieder der Zweiten Kammer sind davon Alfred Petersson und Hammarskjöld. Das neue Kabinett sucht also nicht ausschließlich im Oberhause seine Stütze; es hat zudem auch der Linken im Unterhause das Zugeständnis gemacht, einen als liberal geltenden Mann — den Landessekretär Roos — in seine Mitte aufzunehmen. Trotzdem wird man es nicht als Sammelministerium nach dem vorjährigen Vorbilde ansprechen können, sondern als ein solches der Rechten. Auch die Uebernahme der Minister Trolle und Tingsten aus dem liberalen Kabinett Staaff ändert daran nichts, da bekanntlich beide die Solidarität mit Staaff in der entscheidenden Stunde verleugneten.

Amerika.

Einschränkung der Kriegsrüstungen.

London, 29. Mai. Nach einer Meldung der „Morning Post" aus Washington begünstigt die amerikanische Regierung den Gedanken einer Einschränkung der Kriegsrüstungen der Mächte. Man glaubt in Washingtoner Regierungskreisen, daß die nächste Haager Konferenz Schritte einleiten wird, um eine diesbezügliche Verständigung unter den Mächten herbeizuführen. Rußland ist einem derartigen Vorschlage absolut abgeneigt und die russischen Delegierten auf der Haager Konferenz werden den Auftrag erhalten, jede Diskussion über diesen Gegenstand abzulehnen. Auch Deutschland verrät wenig Neigung, irgend etwas in dieser Hinsicht zu tun.

Revolutionäre Bewegung in Guatemala.

New York, 29. Mai. Mit Bezug auf die angeblich in Guatemala ausgebrochene Revolution meldet der Berichterstatter der „Associated Press" aus Mexiko, die fremden Pflanzer in Guatemala schlössen sich zusammen, um die Revolution zu unterstützen; deutsche Pflanzer hätten sogar schon den Revolutionären im Waffendienst geübte Mannschaften angeboten. Unter den Aufrührern, die über die Grenze gegangen seien, befänden sich reguläre Truppen aus San Salvador, was einer Kriegserklärung San Salvadors an Guatemala gleichkäme. Nicaragua habe ein Schiff nach Puerto Barrios gesandt, um eine etwaige Flucht Cabreras, des Präsidenten Guatemalas, zu verhindern und ihn nötigenfalls abzufangen.

21. Generalversammlung des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands.

(Nachdruck verboten.)

X München, 28. Mai.

Nachdem gestern bereits eine geschäftliche Sitzung vorausgegangen war, begannen heute im Rathaussaale die eigentlichen Verhandlungen der 21. Generalversammlung des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands. Der Verband, der seinen Sitz in Leipzig hat, zählt heute 10 500 Mitglieder. Der Rechenschaftsbericht verzeichnet für das verflossene Jahr eine weitere Besserung der wirtschaftlichen Lage und gesteigerte Lebhaftigkeit von Handel und Verkehr. Dieser bedeutende Aufschwung finde seine Erklärung in den am 1. März in Kraft getretenen neuen Zollsätzen, die bis zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens fördernd auf den Umsatz eingewirkt. Diese ausnahmsweise günstige Konjunktur sei also für 1906 nicht zu erwarten. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes stieg in dieser günstigen Zeit um fast 500, die Zahl der Ortsstellen auf 90. Neue Ortsgruppen wurden in Hamm, Gotha, Augsburg, Straßburg und Hildesheim gegründet. In Sachen der Personentarifreform hat sich der Verband mit Eingaben an den inzwischen verstorbenen Minister v. Budde gewandt, in denen um die Festsetzung des halben Betrages der Rückfahrkarte als Preis für die einfache Tour, Beibehaltung des Freigepäcks und Aufhebung des Schnellzugzuschlags gebeten wurde. Erfolg hatte der Verband mit einer Eingabe an den Staatssekretär des Reichspostamts um Freigabe der Agentenbriefe. In einer Verfügung an die Postämter kam Herr v. Kraetke diesem Wunsche nach. Der Rechenschaftsbericht verzeichnet einen Vermögensbestand von ca. 3 Millionen Mark.

Als Ehrengast ist der heutigen Sitzung war Verkehrsminister v. Frauendorfer anwesend. An erster Stelle sprach Oberst a. D. Dr. v. Renauld-München über „die Bedeutung des Kaufmanns vom wirtschaftlichen Standpunkt aus“. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kaufmanns sei eine so gewaltige geworden, daß sie kaum noch überschätzt werden kann. Je mehr sich unsere Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft ausgestalte, desto mehr ziehe auch der kaufmännische Geist ein in alle Gebiete des öffentlichen Lebens. Diese weitgreifende Tätigkeit des Kaufmanns sei deshalb so wichtig, weil die Absatzfähigkeit eines Produktes nicht vom Produzenten abhängt, sondern von den Bedürfnissen und dem Geschmack der Konsumenten, ein Punkt, dessen Vernachlässigung zu wirtschaftlichen Mißerfolgen führen muß. Wer sich den jeweiligen Absatzverhältnissen nicht anpaßt, dem sei auf die Dauer nicht zu helfen. Die ursprüngliche Naturalwirtschaft produzierte nur für den eigenen Bedarf. Dadurch, daß man mit fremden Wirtschaften in Berührung kam, wurde durch das Angebot von bisher unbekannten Gütern der menschliche Erwerbsbetrieb gereizt. Da der Fremde als Feind des Einheimischen galt und ein kriegerischer Zustand dem Güteraustausch nur wenig frommt, wurden an gewissen Grenzorten neutrale Märkte geschaffen. Dieser Handel ist der Ausgangspunkt aller kaufm. Tätigkeit. Dazu gesellten sich die Fortschritte der Wissenschaft und Technik, der Kaufmann wurde zum eigentlichen Revolutionär des gesamten Wirtschaftslebens. Dieser Einfluß des Kaufmanns ist dauernd im Steigen begriffen. Das treibende Element ist die ständige Bevölkerungszunahme. Interessant ist die relative Zunahme des deutschen Außenhandels im Verhältnis zum Gesamtaußenhandel. Von 11 Proz. im Jahre 1890 stieg er auf 11½ Proz. im Jahre 1903. Der französische Außenhandel fiel in der gleichen Zeit von 11,2 Proz. auf 9,2 Proz. und der englische von 20,6 Proz. auf 18,1 Proz. In der Kolonialpolitik müsse ein kaufmännischer Geist herrschen, wie wir an den Erfahrungen anderer Länder ersehen müßten. Die großzügige kaufmännische Tätigkeit erfordere weiter die Errichtung von Handelshochschulen zur besseren Vorbereitung für den Kaufmannsberuf. An zweiter Stelle sprach Syndikus Pilz-Leipzig über die Frage: „Welche Aufgaben hat der reisende Kaufmann in der Gegenwart?“ Er führte aus, daß die Eroberung neuer Absatzgebiete das A und O der kommerziellen Reisetätigkeit sei. Der reisende Kaufmann könne gewissermaßen als der Regulator an der kommerziellen Maschine angesehen werden. Er leiste auch produktive Arbeit, denn mit der Erschließung neuer Absatzgebiete für die heimischen Güter sei auch eine Wertsteigerung der Güter selbst verknüpft. Zur Ausübung dieser produktiven Tätigkeit sei die gründliche Kenntnis der Branche die Hauptbedingung und daher die Einführung der Konkurrenzklausel außerordentlich verhängnisvoll. Es zeige wenig praktisches Verständnis, wenn in neueren gerichtlichen Urteilen mit bezug auf die Konkurrenzklausel gesagt werde, dem Reisenden ständen noch genug andere Branchen zur Verfügung, ein tüchtiger Kaufmann finde überall sein Unterkommen. Das mag vom Buchhalter und Kassierer gelten, niemals aber vom reisenden Kaufmann, der Spezialist sein müsse. In jedem Reisenden müsse etwas von dem Geiste des Columbus stecken. Auch er müsse immer neue Absatzgebiete für die deutschen Produkte erschließen. Der deutsche Kaufmann stehe an Bedeutung in gleicher Linie mit den Männern der Künste, Wissenschaft und Technik, der Politik und der Diplomatie.

An letzter Stelle sprach der Obmann des Geschäftsausschusses Kauter-Cannstadt über Eisenbahnfragen. Die Eisenbahnen hätten alles gebracht, was der deutsche Nationalökonom Friedrich List vorausgesagt habe, nur nicht die einheitliche deutsche Eisenbahn. Die Bundesstaaten, die 1870/71 den gemeinschaftlichen Erbfeind bezwangen, befehdeten sich in der Folge in volkswirtschaftlichen Fragen, als ob sie die schärfsten Konkurrenten wären. Das 1878 gegründete Reichseisenbahnamt komme gar nicht in Frage. Es wurde statt zu einer Exekutivbehörde eine bittende Behörde, die viel schrieb und viel bat, der aber niemand Folge leistete. Die Eisenbahnen wurden vielmehr zu fiskalischen Finanzanstalten zum Nachteile der nationalen und volkswirtschaftlichen Entwickelung. Die neue Tarifreform habe eine allgemeine Enttäuschung hervorgerufen. Sie sei weder eine weitgehende konsequente Vereinfachung, noch eine grundlegende Umgestaltung des veralteten pedantischen Systems. Hoffentlich sei in dieser Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen. Absolut notwendig sei eine Betriebsmittelgemeinschaft für das Reich. Die Fahrkartensteuer bedeute eine äußerst starke Belästigung des Reiseverkehrs. Sie sei eine Ironie auf die bisherigen Reformbestrebungen und könne nicht ohne unheilvolle Folgen bleiben. Keine Steuer sei seit Bestehen des Reichs eingeführt worden, deren nachteilige Folgen so allgemein anerkannt wurden als bei der Fahrkartensteuer. Angesichts einer solchen Schädigung des geschäftlichen Reiseverkehrs müßten Zweifel auftauchen, ob die dem Kaufmannsstande so oft ausgesprochene Anerkennung auch wirklich ernst gemeint war. — Damit war die Reihe der angemeldeten Vorträge erschöpft. Außerdem fand folgender Antrag einstimmige Annahme: „Die 21. Generalversammlung des Verbandes reisender Kaufleute bedauert die mit den bekannt gegebenen neuen Tarifsätzen verbundene Verteuerung des Reiseverkehrs und spricht die Hoffnung aus, daß die Eisenbahnverwaltungen wenigstens den Zuschlag auf Schnellzügen in Wegfall bringen und an Stelle des geplanten Zonengepäcktarifs eine einheitliche verbilligte Grundtaxe von 2 Pfg. für 10 Kilogramm und 1 Kilometer, mit steigenden Gewichtsstufen von 5 zu 5 Kilogramm treten lassen.“ — Ebenfalls angenommen wurde eine scharfe Protestresolution gegen die Fahrkartensteuer. Als Ort der nächsten Tagung wurde Mannheim gewählt. Große Freude erregte die Mitteilung, daß ein ungenannter Wohltäter dem Verbande die Summe von 1000 Mark geschenkt habe. — Damit waren die geschäftlichen Arbeiten des Verbandstages erledigt und es folgte ein reichhaltiges Vergnügungsprogramm.

Ein konfessioneller Preßprozeß.

München, 28. Mai.

Ein großer Preßprozeß mit konfessionellem Hintergrunde begann gestern vor dem Schwurgericht München. Wegen Religionsvergehens hat sich der Redakteur Richter von der „Südd. Montagszeitung“ zu verantworten. Das Vergehen wurde erblickt in einem Artikel „Der Kampf gegen Rom“, in dem es an einer Stelle heißt: „Die katholische Kirche ist heute noch dieselbe wie früher. Ihre Verwerflichkeit und Gemeingefährlichkeit ist heute noch genau so groß wie früher und derselbe verbrecherische Geist herrscht in derselben wie einst zu den Zeiten der Inquisition. Man denke nur an den Jesuitenpater Dr. Zucca, der den Wunsch ausgesprochen hat, daß auch heute wieder die Scheiterhaufen aufflammen möchten, oder an den bayerischen Landtagsabgeordneten Pfarrer Hebel, der vor zwei Jahren in öffentlicher Versammlung die Worte gesprochen hat, es gehöre sich auch heute noch, daß jeder, der Gott leugne, sei es ein Universitätsprofessor oder sonst jemand, um einen Kopf kürzer gemacht wird. Man denke weiter an den Schwindel, der auch heute noch mit den Reliquien und Heiligen getrieben wird, an den Unfug des Beichtstuhles, an die Intoleranz auf der Kanzel und auf der Straße, dann wird man es nicht nötig haben, vergangene und vergessene Geschichten hervorzuholen.“ Den Vorsitz führt Königl. Oberlandesgerichtsrat Krafft, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Michaelreuner, die Verteidigung führt der bekannte jungliberale Rechtsanwalt Kohl. Als Sachverständige sind geladen Graf Hoensbroech, Weltpriester Kirchsteiner-Salzburg, Pfarrer G. Schwarz-Karlsruhe, Lycealprofessor Hollweg-Eichstätt, Universitätsprofessor D. Giehl-München und Prof. D. Weinmann-München. Der Angeklagte war in diesem Frühjahr bereits einmal wegen Religionsvergehens angeklagt, weil er zwischen der Schaustellung eines heiligen Stiers auf dem Münchener Oktoberfeste und der des heiligen Rocks in Trier einen Vergleich gezogen hatte. Er wurde jedoch freigesprochen, weil die Sachverständigen im damaligen Prozeß den Rock als unecht erklärten. In der heutigen Verhandlung bestreitet der Angeklagte, daß der Artikel einen beschimpfenden Charakter trage. Seine Richtigkeit werde die Beweisaufnahme ergeben. Zu deren Beginn wurden zunächst verschiedene Stellen aus Rieglers Geschichte der Hexenprozesse verlesen, ferner die sog. Hexenbulle Innozenz des Achten, schließlich die vom Angeklagten vorgelegte Literatur, durch die bewiesen werden soll, daß der Hexenglaube durch die Autorität der Kirche verbreitet und unterstützt wurde, ferner daß die Strafen gegen Hexen, Ketzer, Zauberer ꝛc. auf Veranlassung der Kirche durch die weltliche Macht vollzogen wurden. Vert. R.-A. Kohl richtete hierauf an den Grafen Hoensbroech verschiedene Fragen: **Ist die römische Kirche verantwortlich für den greulichen und pornographischen Aberglauben des Hexenwahnsinns?**

Graf Hoensbroech: Ich will nicht vom konfessionellen, sondern vom kulturellen Standpunkt sprechen. Die Frage des Verteidigers beantworte ich mit einem runden: Ja. Ich beziehe mich auf die objektiven Forscher Wächter und Riezler, die lediglich die Wissenschaft im Auge hatten und keine polemischen Zwecke verfolgten. Innozenz VIII. ist nicht der Vater des Hexenglaubens, seiner Bulle geht die Gregors IX. vom 13. Juni 1233 voran. Die unmittelbare Frucht der Bulle Innozenz VIII. ist der von den päpstlichen Inquisitoren, den Dominikanermönchen Sprenger und Institoris verfaßte Hexenhammer, der von Unflätigkeiten strotzt, den Hoensbroech das verruchteste Buch der Weltliteratur nannte, das aber, obwohl es leicht gewesen wäre, von Rom niemals beanstandet wurde. Der widersinnigste Aberglaube, der geschlechtliche Verkehr des Menschen mit dem Teufel, findet seine Stütze auch durch Alphons von Liguori und den Jesuitenpater Lehmkuhl, der heute noch lebt. Rom hätte die letzteren Bücher wohl auf den Index gesetzt, wenn der Hexenglaube der Lehre der katholischen Kirche nicht entsprochen hätte. Ja, die theologische Fakultät förderte dieses dem Sinne nach verruchte Buch „Der Hexenhammer“ noch! Joseph v. Görres, eine wissenschaftliche Größe des „Ultramontanismus“, schreibt: „Vornehmlich ist es die Religion gewesen, die den ganzen Skandal der Hexenverfolgungen anrichtete. Die Päpste, besonders Innozenz VIII., haben das Signal gegeben und die Inquisition ist nun ausgegangen wie eine heißhungrige Löwin, suchend, was sie verschlingen kann.“ Hekatomben von Menschen wurden dem von Rom geförderten Hexenglauben geopfert. Auch Friedrich v. Spee, selbst ein Jesuit, führt den Hexenwahn auf die Geistlichkeit zurück.

Prof. D. Hollweck äußerte sich auf die gleiche Frage des Verteidigers wie folgt: Der Freigeist möge Gott, Engel und Teufel leugnen, die katholischen und protestantischen Theologen stehen aber auf dem Boden der Heiligen Schrift, in der wiederholt gesagt ist, daß der Herr den bösen Geist ausgetrieben hat. Wie es Schutzengel gibt, die den Katholiken und Protestanten gemeinsam sind, so gibt es auch böse Geister. Auf dieses philosophisch-theologische Problem sind Wächter und Riezler nicht eingegangen. Eine fränkische Synode nahm bereits im 9. Jahrhundert in der Hexenfrage einen aufgeklärten Standpunkt ein, sie bezeichnete den Hexenwahn als Dummheit. Im 15. Jahrhundert lag der Schulunterricht im argen, es war eine Zeit religiöser Verwilderung, und in solchen Zeiten wächst der Aberglaube. Die Dominikaner Sprenger und Institoris waren leichtgläubige Leute und leider sind sie an einen Papst geraten, der es auch war und nicht an die vielen Männer heranreicht, die den Apostolischen Stuhl schon geschmückt haben. Mit den beiden Dominikanern verschwand 1520 auch der Hexenwahn. 1570 flammte er nochmals auf und zwar auf protestantischem Gebiet. Die letzte Hexe wurde im protestantischen Glarus verbrannt. Was das Pornographische in der Bulle und im „Hexenhammer“ anlangt, so wurde ja nur das berichtet, was man glaubte, es war kein Spezifikum der katholischen Geistlichen, man fand es ebenso bei den Protestanten. Die Bulle Gregors IX. kenne ich nicht, aber der Papst wird darin wohl nur wiedergegeben haben, was ihm mitgeteilt wurde. Er hat daran wohl nicht selbst geglaubt, und wir Katholiken sind auch nicht verpflichtet, so etwas anzunehmen. Es mag rückständige Theologen geben, die das glauben, aber die weitaus meisten weisen solche Dinge weit von sich. Der Hexenhammer ist ein scheußliches Buch, schlecht und zum Teil dumm. Der ganze Hexenwahn war eine Krankheit, die die aufgeklärtesten Geister auf protestantischer und katholischer Seite erfaßte. Wenn diese Krankheit von Rom aus verbreitet wurde, warum hat sie nicht auch den Kirchenstaat und Süditalien erfaßt? Der Hexenhammer kam nicht auf den Index, weil ein solcher damals noch nicht bestand. Daß man gegen dieses Buch nicht auftrat, ist eine Nachlässigkeit, wie sie öfter vorkommt in einem Staatswesen. Es soll auch nicht geleugnet werden, daß in der katholischen Kirche zeitweise schwere Mißstände vorkamen und daß auf dem päpstlichen Stuhl auch Männer saßen, die seiner Würde nicht entsprachen. Gott verzeihe es Alphons v. Liguori, daß er an diese Teufelsbuhlschaft glaubte, und wenn ich einmal Lehmkuhl träfe, würde ich ihm sagen: Tun Sie doch diese Dummheit einmal aus Ihrer Moraltheologie heraus! — Vert. R.-A. Kohl: Hat Christus einen Besessenen getötet oder töten lassen? — Sachverst.: Nein. — Vert.: Wurde nicht kürzlich erst in Wedding ein Teufel durch einen Priester ausgetrieben? — Sachverst.: Das weiß ich nicht.

Damit ist die erste Frage des Verteidigers erledigt. Die zweite lautet: Ist die römische Kirche für die Bluttaten der Inquisition verantwortlich? — Sachverst. Graf Hoensbroech: Auch diese Frage kann ich bejahen. Die Inquisition war eine von den Päpsten hervorgerufene Einrichtung, die die systematische Tötung der Ketzer bezweckte. Die weltliche Macht war gehalten, die Urteile der Inquisition zu vollstrecken.

Morgen werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Städtisches.

(Nachdruck der mit Originalzeichen versehenen Berichte nur mit deutlicher Quellenangabe „Westf. Merk.“ gestattet.)

Münster, 30. Mai.

§ **Einführung und Erhebung von Realsteuern.** Für Gemeinden, welche neue Realsteuern einzuführen beabsichtigen oder erheben, ist eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 19. Mai 1905 von besonderer Wichtigkeit. Nach den §§ 54 bis 57 des Kommunalabgabengesetzes kann die Genehmigung der Aufsichtsbehörden zur Erhebung der verschiedenen Steuersätze bezw. der Verteilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten nicht anders erteilt werden, als unter Angabe des Prozentsatzes, mit der die betreffende Steuer zu belasten ist. Es ist also nicht angängig, daß die Gemeinden in ihren Steuerfestsetzungsbeschlüssen einfach sagen wir wünschen bei unseren Realsteuern z. B. so und so viel pro Mille des gemeinen Wertes (besondere Grundsteuer) oder so und so viel pCt. des Ertrages des Anlage- und Betriebskapitals (besondere Gewerbesteuer) zu erheben, sondern es muß in den Beschlüssen deutlich zum Ausdruck kommen, in welchem Prozentverhältnis diese neuen Steuern zu der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer stehen. In dem in Rede stehenden Falle war einem Steuerpflichtigen, Emil S. zu S..., der wegen der Höhe seiner Veranlagung Beschwerde erhoben, zwar nicht aus dem von ihm angeführten Grunde, wohl aber aus oben angeführter Ursache die ganze Steuer erlassen worden. — In einer neuerlichen Rundverfügung der Minister der Finanzen und des Innern werden die maßgebenden Behörden speziell auf die Entscheidung hingewiesen. Eine der ersten Städte, die auf grund dieser Entscheidung eine Abänderung ihres Steuerfestsetzungsbeschlusses hat vornehmen müssen, ist die Stadtgemeinde Hamm i. W. Sie hatte von den auf 80 Mill. Mk. ermittelten gemeinen Grundwerten 2 pro Mille, gleich 160 000 Mk. und von der gleichfalls neu eingeführten Gemeindegewerbesteuer 200 pCt. gleich 168 000 Mk. zu erheben beschlossen. Der Beschluß fand aber nicht Genehmigung, und so mußten die städtischen Behörden eine Abänderung des Festsetzungsbeschlusses vornehmen, die sie bei der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert auf 200 pCt. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer bei der Gemeinde-Gewerbesteuer auf 234 pCt. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer festlegten. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts mutet etwas eigentümlich an, wenn man erwägt, daß doch die Gemeinden nach dem Kommunalabgabengesetz das Recht haben, diese besonderen Realsteuern einzuführen und die bezgl. Steuerordnungen und Prozentsätze die Genehmigung der Aufsichtsbehörden gefunden haben, wodurch die Steuerfestsetzungen rechtsverbindliche Kraft und Wirkung erhielten. In Anbetracht jedoch der Tragweite des oberverwaltungsgerichtlichen Erkenntnisses werden alle Gemeinden gut tun, zutreffendenfalls ihre Beschlüsse der Entscheidung gemäß abzufassen.

□ **Höhere Mädchen-Handelsschule Dortmund.** Wir haben im April berichtet, daß die Gründung einer höheren Mädchen-Handelsschule in Dortmund beabsichtigt sei zur Ausbildung von Mädchen mit höherer Schulbildung, welche nach einjähriger kaufmännischer Ausbildung sofort in besser bezahlte Bureaustellen übergehen wollen. Die angestellten Erhebungen ergaben, daß die Errichtung einer solchen höheren Mädchen-Handelsschule einem dringenden Bedürfnis entspricht, sodaß die Errichtung der Schule erfolgen konnte. Der Schulbeginn ist auf Montag, den 18. Juni, festgesetzt. Aufnahmen können noch in der Wohnung des Leiters, Dortmund, Gutenbergstr. 44, täglich von 1—3 Uhr erfolgen.

§ **Nachnahme-Postanweisungen.** Bei Paketen und offenen Karten mit Nachnahme nach Orten innerhalb Deutschlands ist von jetzt ab — zunächst versuchsweise — den Absendern gestattet, der Paketadresse oder der Karte das ausgefüllte Formular einer unfrankierten Postanweisung beizufügen. Die Befestigung der Postanweisung hat mit mindestens 2 Klammern an der oberen Kante der Paketadresse oder der Postkarte usw. zu erfolgen. Die Art der Klammern bleibt den Absendern überlassen, sie müssen aber derart beschaffen sein, daß eine Verletzung der Beamten oder eine Beschädigung anderer Sendungen ausgeschlossen ist. Nicht zulässig ist die Verwendung von Stecknadeln, sowie das Aufkleben der Postanweisung oder das Anheften mittels Fadens. Die Frankierung der Postanweisung durch Freimarken geschieht nach Einlösung der Nachnahme von den Postanstalten, der Absender hat demnach auf der Postanweisung den für die Frankierung derselben erforderlichen Betrag weniger anzugeben. Also bei Einziehung von beispielsweise 99 Mk. hat die vom Absender auszustellende Postanweisung auf 98 Mk. 80 Pfg. zu lauten. Kassenzeichen und Buchungsnummern sind auf dem Abschnitt der Postanweisungen mit anzugeben.

§ **Angefahren** wurde heute mittag von der Elektrischen auf der Königstraße ein älterer Mann; er ging eine Zeit lang auf dem Rande des Trottoirs einher; der Wagenführer schellte wiederholt, um ihn auf das Herannahen der Elektrischen aufmerksam zu machen. Der Mann, der dies anscheinend nicht hörte, trat plötzlich zwei Schritte nach links auf das Geleise, wurde von dem Wagen erfaßt und eine kurze Strecke weit mitgeschleift; er trug indes nur leichte Verletzungen davon. Ein gerade des Weges kommender Militärarzt verband den Verunglückten und ordnete dessen Ueberführung in das Clemenshospital an, dort wurde er jedoch bald wieder entlassen, weil nur einige Hautabschürfungen und eine Verletzung am Kopfe festgestellt wurden.

Provinzielle Nachrichten.

ck. **Aus Westfalen**, 29. Mai. Das mit seiner Publizierung im Reichsgesetzblatt nunmehr inkraft getretene neue preußische Kreis- und Provinzialabgabengesetz vom 23. April 1906 gibt bekanntlich in seinem § 6 den Kreisen das gleiche Recht, wie es durch das Kommunalabgabengesetz schon den Kommunalverband, nämlich indirekte Steuern (Umsatz-, Betriebs- und Hundesteuern) zu erheben. Von den Verwaltungen der landrätlichen Kreise wurde das neue Gesetz freudig begrüßt, da sie nach und nach infolge der ungemein gestiegenen Ausgaben, so namentlich der Provinzialgaben und Wegebaukosten, auf die Schaffung neuer Einnahmequellen bedacht sein mußten. Mehrere Kreise haben sich darum sofort aufgrund des obengen. § 6 mit Festsetzung der Neuen Steuerordnungen beschäftigt, wie z. B. Hamm, Soest usw. Der Kreis Soest genehmigte gestern eine Umsatzsteuer und eine Betriebssteuer. Hier sind seit 10 Jahren die Kreisabgaben von 46 000 auf 108 000 die Wegebau- und Unterhaltungskosten von 36 000 auf 151 800 Mark gestiegen.

△ **Gladbeck**, 29. Mai. Gestern abend war eine Einladung der Vorstände aller christlichen Vereine zu einer Versammlung im kleinen Saale des katholischen Gesellenhauses erfolgt. Gegenstand der Tagesordnung war die Gründung eines Vereins gegen das Feilbieten schlechter Bücher und Bilder (Ansichtspostkarten) in Schaufenstern. Es waren 25 christliche Vereine vertreten. Herr Vikar Menker wies auf die schweren sittlichen Gefahren hin, welche namentlich der Jugend durch den Handel mit unsittlichen Schriften und Bildern erwachsen. Die Herstellung und der Betrieb unsittlicher Darstellungen habe einen erschreckenden Umfang erreicht, das Gift der Unsittlichkeit dringe dadurch immer mehr in die empfänglichen Herzen der Jugend; dagegen müsse vorgegangen werden. Die Statuten wurden nach reger Debatte einstimmig angenommen. Der Vorstand besteht aus den beiden Vorsitzenden und 20 Mitgliedern. Zum Vorsitzenden wurde Herr Vikar Menker und zum Stellvertreter Herr Pastor Glanert gewählt. Herr Pastor Buck schloß dann die Versammlung mit dem Wunsche, daß der Verein wirken möge zum Wohle der Familie, der Gemeinde und des Staates.

§ **Wiedenbrück**, 29. Mai. Der Maler Kuhlmann hierselbst war im Jahre 1878 nach Nordamerika ausgewandert und hatte dort die Staatsangehörigkeit erworben. 1888 kehrte er zwecks Uebernahme des väterlichen Geschäftes nach seiner Heimat zurück, woselbst er sich auch verheiratete. Als K. im vorigen Jahre ein Kind adoptieren wollte, wurde er gezwungen, die deutsche Staatsangehörigkeit wiederzuerwerben. Sein Antrag auf Renaturalisation wurde indes mit der Motivierung abschlägig beschieden, daß angenommen wurde, K. hätte seinerzeit sein Vaterland verlassen, um sich der Wehrpflicht zu entziehen. Dagegen wurde K. aufgegeben, innerhalb drei Monaten das Staatsgebiet zu verlassen. Gegen diese Verfügung legte K. Einspruch mit der Begründung ein, daß er nach § 4 des Staatsvertrages vom 22. Februar 1868 die nordamerikanische Staatsangehörigkeit verloren habe und nunmehr, als keinem Staate angehörig, die Wiederaufnahme erbitte. Da der Einspruch zurückgewiesen wurde, legte K. die Klage vor dem Oberverwaltungsgericht ein. In der heutigen Verhandlung vor dem ersten Senat dieses Gerichts wurde die Klage als unbegründet zurückgewiesen.

* **Dortmund**, 29. Mai. In der Hohe Luft machte der Zimmergeselle Heinrich Wagner auf ein junges Mädchen, mit dem er ein Verhältnis gehabt hatte, einen Mordversuch, indem er mehrere Revolverschüsse auf sie abgab. Darauf richtete er die Waffe gegen die Mutter des Mädchens, die Witwe Linnemann. Beide sind schwer verletzt. Der Täter ist flüchtig.

* **Letmathe**, 29. Mai. Nachdem der Märkisch-Westf. Bergwerks-Verein seine Besitzungen in Iserlohn, Nesbige und Grüne im Laufe der letzten Jahre veräußert hat, will derselbe nun auch dazu übergehen, den Betrieb auf der hiesigen Zinkhütte und Schwefelsäurefabrik nach und nach einzustellen. Der ganze Betrieb soll wie mitgeteilt wird, in die Nähe von Rheine verlegt werden, wo zu dem Zwecke ein Terrain von 500 Morgen am Dortmund-Ems-Kanal käuflich erworben wurde. Wie verlautet, soll in die Gebäulichkeiten der Zinkhütte ein großes Eisenwerk gelegt werden, und über den Ankauf der Schwefelsäurefabrik seitens der Bahnverwaltung schweben Verhandlungen.

⊙ **Iserlohn**, 30. Mai. (Tel.) Auf Verfügung der Staatsanwaltschaft Hagen findet heute nachmittag die Ausgrabung der Leiche des vor 4 Wochen angeblich durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Schneidermeisters Kühnlein statt, weil dringender Verdacht besteht, daß die Gattin Kühnleins ihren Gatten erwürgt und dann in die Lage eines Erhängten gebracht hat. Frau Kühnlein befindet sich gegenwärtig im Hagener Gerichtsgefängnis wegen Verdachts des Gattenmordes in Untersuchung.

* **Mülheim a. d. R.**, 29. Mai. Für das hier zu errichtende Kaiser Friedrich-Denkmal auf dem Kaiser Friedrich-Platz an der Ruhr sind bisher ca. 20 000 Mk. an freiwilligen Spenden eingegangen. Die Stadtverordneten bewilligten gestern einen Kostenzuschuß in Höhe von 5000 Mk. — Die Einrichtung der nach dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 26. September v. J. genehmigten städtischen Grundrentenanstalt hat die Billigung des Ministers des Innern und des Finanzministers gefunden. Die Minister haben sich bereit erklärt, die Allerhöchste Genehmigung zu erwirken, daß die für die Zwecke der Anstalt erforderlichen Mittel durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber bis zum Betrage von 1 Mill. Mk. beschafft werden dürfen, jedoch mit der Bedingung, daß die Tilgung ein Jahr nach der Begebung der Anleihe beginnen muß. Die Stadtverordneten haben gestern beschlossen, der Forderung der Minister zu entsprechen. Zur Deckung der fällig werdenden Tilgungsbeträge sollen die Jahresüberschüsse der Anstalt mit verwandt werden.

* **M.-Gladbach**, 29. Mai. In der heutigen Stadtverordnetensitzung wurde die große Kanalvorlage und zwar einstimmig angenommen, sowie das Ortsstatut und die Polizeiverordnung für die Kanalisationsanschlüsse. Die Gesamtkosten für die Kanalisation belaufen sich auf 4 577 800 Mk. Davon entfallen 1 600 000 Mk. auf die Schmutzwasserkanalisation, 1 420 000 Mk. auf die Reinwasserkanalisation, 599 300 Mk. auf die Anschlußkosten für 5093 Häuser und 958 500 Mk. auf bereits ausgeführte Anlagen. Zu diesen Kosten zahlt die Landgemeinde einen Zuschuß von 50 000 Mk. Für Verzinsung und Tilgung sind jährlich 226 190 Mk. aufzubringen. Die Betriebs- und Unterhaltungskosten belaufen sich auf 69 125 Mk., sodaß die jährliche Gesamtausgabe 295 315 Mk. beträgt. Es wurde beschlossen, pro laufenden Meter Straßenfront 3 Mk. zu erheben, wodurch die Stadt eine Einnahme von 161 727 Mk. haben würde. Der Beitrag der gewerblichen Betriebe soll noch näher festgestellt werden. Für die Stadt bleibt eine Ausgabe von etwa 137 000 Mk. jährlich, was annähernd einer Erhöhung der Einkommensteuer um 8 Proz. gleichkommen wird. Der Anschluß an den Kanal ist für alle Häuser obligatorisch. Nur die Aborte in allen Häusern können abgeschlossen werden. Sodann genehmigte das Kollegium eine Polizeiverordnung über das Desinfektionsverfahren. Danach findet die Desinfektion bei Familien mit einem Einkommen unter 2000 Mk. kostenlos statt.

§ **Duisburg**, 29. Mai. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Landwirt Waterkamp aus Ruhrort wegen Nahrungsmittelfälschung zu 8 Tagen Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe. W. hatte der Milch seiner Kühe 25 Prozent Wasser sowie schmutziges Eis zugesetzt und dieses Gemisch als „Kurmilch“ verkauft. An seiner Wirtschaft lautete ein Schild auf „Milchkur-Anstalt.“

* **Recklinghausen**, 29. Mai. Die Zeche „Pluto“ beabsichtigt, in der Ebene um die Emschertalbahn einen neuen Wetterschacht anzulegen. Der Abteufungsturm steht schon seit einiger Zeit; die Maurerarbeiten für das Maschinenhaus und das Schachtgebäude sind aus dem Fundament heraus, so daß mit der Abteufung in einigen Tagen begonnen werden soll.

* **Solingen**, 29. Mai. Ein 18jähriger Handlungsgehülfe hat seine 17jährige Geliebte und sich aus Liebeskummer erschossen.

* **Remscheid**, 29. Mai. Das mit einem Kostenaufwand von 1½ Million nach ca. 3jähriger Bauzeit vor kurzem vollendete neue Rathaus, welches, auf dem Kaiserplatz errichtet, die stattliche Fläche von 2480 Quadratmeter bedeckt, wurde heute in feierlicher Weise eingeweiht. Der Weiheakt wurde um 12 Uhr durch ein Promenadenkonzert auf dem Kaiserplatz eingeleitet; um 12½ Uhr versammelten sich die Ehrengäste, Geladenen und Stadtverordneten, etwa 120 an der Zahl, im großen, im zweiten Stockwerk gelegenen Sitzungssaal. Punkt 1 Uhr verkündeten Fanfaren vom Balkon des Rathauses den Beginn des Weiheaktes; nachdem sie verklungen, sang ein 400 Stimmen starker Massenchor eine Hymne. Hierauf übergab im Sitzungssaale der Erbauer des Rathauses, Beigeordneter Stadtbaurat Hellwig dem Oberbürgermeister den Schlüssel des vollendeten Baues. Nach dem Vortrag einer feierlichen Weise durch die Regimentsmusik nahm Oberbürgermeister Nollau das Wort zur Ansprache an die Versammelten. Er gab einen kurzen Rückblick über die Entwickelung von Handel, Industrie und Gemeindeangelegenheiten in Remscheid und teilte dann mit, daß anläßlich der heutigen Feier verschiedene Schenkungen erfolgt seien. So stifteten die Erben des vor kurzem verstorbenen Geh. Kommerzienrats Haleneliever 25 000 Mark, ferner ein ungenannter Bürger ebenfalls 25 000 Mark und die Bergische Stahlindustrie 50 000 Mark für die bei Gelegenheit der Silberhochzeit des Kaiserpaares ins Leben gerufene Wilhelm Auguste Viktoriastiftung d. h. zum Bau eines neuen Krankenhauses. Der Oberbürgermeister schloß mit einem Hoch auf den Kaiser. Oberpräsident v. Schorlemer-Alst beglückwünschte die Stadt zu dem herrlichen Neubau. Dann gab er bekannt, daß der Kaiser dem Oberbürgermeister das Recht verliehen habe, die goldene Amtskette zu tragen.

Für den Monat Juni

werden Bestellungen auf den „Westfäl. Merkur“ in der Expedition und von allen Postanstalten fortwährend entgegengenommen.

Der Abonnementspreis für den Monat Juni beträgt für Münster 1 Mark, für die auswärts wohnenden Bezieher 1,17 Mark.

* **Krefeld**, 29. Mai. Die Aktiengesellschaft Krefelder Stadthalle hatte auf gestern eine außerordentliche Hauptversammlung ihrer Aktionäre anberaumt mit der Tagesordnung: „Uebertragung des Vermögens der Krefelder Stadthalle A.-G. als ganzes an die Stadtgemeinde Krefeld.“ Die Versammlung war jedoch nicht beschlußfähig. Es wird auf Montag den 18. Juni, eine neue Generalversammlung anberaumt werden. Die gestrige Hauptversammlung trat aber doch in eine Besprechung des Gegenstandes ein. Kommerzienrat Oetker teilte zunächst mit, daß dem Stadtverordnetenkollegium demnächst ein Antrag vorgelegt werde, wonach die ganze Stadt das ganze Vermögen, Aktiva und Passiva, der Stadthallen A.-G. übernehmen und dafür 20 Proz. des Aktienkapitals zahlen soll. Der Oberbürgermeister habe die Angelegenheit mit der Finanzkommission eingehend besprochen, und deren Mitglieder hätten sich schließlich bereit erklärt, dafür zu stimmen und das Stadtverordnetenkollegium zu veranlassen, das ebenfalls zu tun. Justizrat Simon erklärte im Namen des Bildungsvereins: Nach dem vorliegenden Vorschlage erwerbe die Stadt die Stadthalle für 365 000 Mark, das sei die Hälfte des reellen Wertes. Die Stadt solle, statt der 20 Proz., 30 Proz. des Aktienkapitals zahlen, oder aber es bleibe bei den 20 Proz. unter der Bedingung, daß der Vorstand und der Weinverein, zusammen 24 000 Mark, im Besitze der Aktionäre bliebe. Die Versammlung stimmt sodann einstimmig dem Vorschlage des Vorsitzenden zu, daß der Vorstand und Aufsichtsrat nochmals an den Oberbürgermeister herantrete und zwar im Sinne des Antrages des Bildungsvereins.

* **Düsseldorf**, 29. Mai. Der Verein zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen in Rheinland und Westfalen hielt heute mittag in der Tonhalle seine 35. Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Geheimrat Servaes, begrüßte die Mitglieder, die Vertreter der Regierung und den städtischen Oberbürgermeister Marx. Bei der Ergänzungswahl zweier Mitglieder des Ausschusses wurden der Bergrat Körner aus Köln und Eduard Klingmann in Elberfeld gewählt. In längeren Ausführungen stellt der Vorsitzende fest, daß in unserem wirtschaftlichen Leben ein erfreulicher Aufschwung vorhanden sei, unrichtig und verfrüht sei aber, daraus den Schluß zu ziehen, daß die am 1. März 1906 in Kraft getretenen neuen Handelsverträge diese günstige Lage veranlaßt hätten und daß die von industrieller Seite ausgesprochenen Befürchtungen betreffs der tatsächlichen Wirkung dieser Verträge übertrieben oder unbegründet seien. Die Zeit von dem Inkrafttreten dieser Verträge bis heute sei zu kurz, um sich ein sicheres Urteil über ihre Wirkung bilden zu können. Auch sei es nicht zu übersehen, daß eine stärkere Vermehrung der Bestellungen aus dem Auslande eintrat, um die vom 1. März ab zum Teil gesteigerten Eingangszölle zu vermeiden. Der Geschäftsführer des Vereins, Reichs- und Landtagsabg. Dr. Beumer-Düsseldorf hielt einen Vortrag über das Wirtschaftsjahr 1905—1906. Die augenblickliche gute Geschäftslage würde noch bessere Ergebnisse aufgewiesen haben wenn nicht die Arbeiterausstände und in ihrer Folge auch die Aussperrungen einen ganz erheblichen Umfang angenommen hätten, die als ein ganz besonders wichtiges Charakteristikum dieses Wirtschaftsjahres bezeichnet werden müssen. In der anschließenden Diskussion sprach Oberbürgermeister Marx in längerer Rede über das Kanalgesetz.

╪ **Düsseldorf**, 29. Mai. In vergangener Nacht stürzte sich ein hiesiger Einwohner, nachdem er die Kirmes in Oberkassel besucht hatte, von der Rheinbrücke in den Rhein und verschwand in den hochgehenden Wellen. Vorher hatte er einem Begleiter seinen Schirm gegeben mit den Worten: „Halt einmal fest!“

○ **Trier**, 30. Mai. (Telegr.) Hier wurde die Gastwirtsfrau Fusel, die verdächtig ist, ihren Mann mit Bleiweiß vergiftet zu haben, verhaftet.

♀ **Osnabrück**, 30. Mai. Dem bekannten Großindustriellen Kommerzienrat Otto Kromschröder wurde der Rote Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

△ **Osnabrück**, 29. Mai. Der Provinzial-Konservator Dr. Reimers, hat soeben den von den städtischen Kollegien beschlossenen Abbruch des Plümersturmes am Schloßwall, vor dem neuen Realgymnasium belegen, untersagt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

* **Hannover**, 29. Mai. Die ausständigen Former und Gießereiarbeiter haben heute auch die bezüglich der Lohnfrage vereinbarten Bedingungen bis auf einige nebensächliche Punkte angenommen. Der achtwöchige Kampf in der Metallindustrie kann damit für beendet gelten, so daß die für den 2. Juni angedrohte Aussperrung nicht in Kraft treten dürfte.

Kleve, 29. Mai. Im Ausstande der hiesigen Bauhandwerker sind die vom Bürgermeister eingetretenen Einigungsverhandlungen ergebnislos verlaufen.

Leipzig, 29. Mai. Die hiesigen Maurer, Zimmerer und Bauhülfsarbeiter, über 8000, sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern unter Androhung des Ausstandes vor allem eine Erhöhung des Stundenlohnes, auch bei dem Bau des Zentral-Bahnhofes, und den Wegfall von Ueberstunden.

Augsburg, 29. Mai. Die „Postztg.“ meldet: Der seit Wochen dauernde Ausstand der im Metallarbeiterverbande organisierten Formerei ist beendet, nachdem eine gestern abend abgehaltene Metallarbeiterversammlung die Arbeitsaufnahmebedingungen für befriedigend erklärt hatte.

Chicago, 29. Mai. Die Besitzer von Erdpechkohlenbergwerken in Illinois entschieden sich dahin, die Forderungen der Arbeiter betreffend die Wiederaufnahme der Lohntabelle von 1903 zu bewilligen. Die Gruben werden voraussicht-

... Licht, Bergpfahlbau ... Kurhaus ...
... kronkasten u. s. w. Kurhaus komfortabel eingerichtet, geschützte Veranden, Parkanlagen direkt am Walde.
— Omnibusverbindung mit Rheine. — Mäßige Pensionspreise bei guter Verpflegung. Prospekte und Auskunft
durch die Badeverwaltung.
Eröffnung 15. Mai. Schluss 1. Oktober.
2772

Hotel Gersemann, Iburg.
Telefon Nr. 7. Telefon Nr. 7.

Menu am 1. Pfingsttag, 1 Uhr:	Menu am 2. Pfingsttag, 1 Uhr:
Frühlings-Suppe.	Suppe à la reine.
Forellen blau m. frischer Butter.	Steinbutt mit Butter.
Stangenspargel m. Zunge roh. Schinken.	Leipziger Allerlei m. Kalbsbrieschen roh. Schinken.
Rehbraten, Salat, Gefüllte Früchte.	Hühnerbraten, Salat, Gefüllte Früchte.
Vanille-Eis.	Stachelbeer-Törtchen.
Cou. 2 Mk.	Cou. 2 Mk.

Anmeldungen erbeten.

Wiener-Café Centralhof
Kaffee und Sahne,
verschiedene Sorten Gebäck.
Die ganze Nacht frische Bouillon

Remagen.
Rhein-Hotel
(F. Liese).
Schönste Lage am Rhein.

Mannheim, 29. Mai. Wie amtlich gemeldet wird, hat sich ein schwerer Unglücksfall auf der Materialbahn eines hiesigen Bauunternehmers ereignet, die zum Anfahren von Sand zur Straßenherstellung angelegt war. Es sollten 11 beladene Wagen von 2 am Ende des Zuges angekoppelten Maschinen einen Abhang mit starkem Gefälle hinuntergeschoben werden, dabei entgleiste eine der Maschinen mit zwei Wagen und fiel den Damm hinunter. Die hintere Maschine wurde dadurch ebenfalls umgeworfen, wobei der darauf stehende 25jährige Heizer August Pfeiffer in den Sand gedrückt wurde, so daß er erstickte. Der Maschinenführer August Winberg erlitt erhebliche Brandwunden am ganzen Körper und mußte in das allgemeine Krankenhaus gebracht werden.

München, 29. Mai. Ein der Augsburger Abendzeitung zugehendes Privattelegramm schildert die beim Militär-Ballonabteil in Tegel bei Berlin erfolgten gestrigen zwei Aufstiege des Parsevalschen Luftschiffs als vollkommenen Erfolg. Außer Major Parseval waren der Hauptmann Krogh und ... in der Gondel. Die Windstärke betrug 4 Meter in der Sekunde.

[illegible] begann, ohne von Soldaten gehalten zu sein, die Luftschiff blieb auf der Halle. Es bewegte sich 20 Minuten lang in der Höhe von 200—300 Meter nach dem Belieben des Lenkers hin und her und landete schließlich genau auf dem gewollten Punkte. Der Zweck dieser Versuchsfahrten war die Erprobung der Neuerungen, die das Parsevalsche Luftschiff von andern unterscheiden. Der allgemeine Eindruck war, daß sich diese Neuerungen vortrefflich bewährten.

München, 30. Mai. (Tel.) Ein furchtbarer Orkan hat gestern den Bezirk Ebersberg(?) heimgesucht. Namentlich die Gemeinden Rimbach, Reichenstlbach(?) und Hermannshausen sind besonders schwer betroffen. Die Straßen sind mit Hunderten von entwurzelten Bäumen bedeckt. Zahlreiche Bauernhöfe sind schwer beschädigt. Viele Dächer sind abgedeckt und mehrere Scheunen wurden dem Erdboden gleichgemacht. Der Kuppelturm der Kirche in Rimbach wurde auf das Feld geschleudert. Drei neue Gebäude sind zusammengestürzt. Der Orkan dauerte fünf Minuten und war von einem mächtigen Regenschauer begleitet.

Stuttgart, 30. Mai. (Tel.) Die Familie des Kaufmanns Maihart(?) bestehend aus 5 Köpfen, wurde heute früh in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Ursache ist Gasvergiftung.

Heidelberg, 29. Mai. Polizeilicher Mißgriff. Von der Heidelberger Kriminalpolizei wurde dieser Tage infolge einer Verwechslung mit einem vom Untersuchungsrichter des Landgerichts Hamburg steckbrieflich verfolgten Martin Danziger der Ingenieur Sigmund Danziger der Hannoverschen und Mannheimer Maschinenwerke verhaftet und vier Tage in Haft behalten, trotzdem sich der Herr hinreichend legitimieren konnte. D. will Entschädigungsansprüche geltend machen.

Osterode a. H., 29. Mai. Oberamtmann Witt aus Magdeburg erschoß sich in einem Abteil 2. Kl. des Berliner Personenzuges. Der tödlich Verletzte wurde in Seesen aufgefunden und starb dort nach 2 Stunden.

Worms, 29. Mai. Dieser Tage fand hier die Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Volksbäder statt. Das kaiserliche Gesundheitsamt war durch Regierungsrat Dr. Bruger(?), das Unterrichtsministerium durch Geheimrat Dietrich vertreten. Der neue Minister der öffentlichen Arbeiten hatte den Regierungsrat Lorau(?) aus Wiesbaden zu den Verhandlungen delegiert. Die silberne Medaille der Gesellschaft wurde dem Vorsitzenden deutscher Medizinalbeamten, Regierungs- und Geheimen Medizinalrat Dr. Rapmund-Minden i. W. verliehen. Großes Interesse wurde den Vorträgen des Herrn Geheimrats Böttger (Berlin) über die Ergebnisse des Preisausschreibens „Dorfbad“, des Geheimen Obermedizinalrats Dr. Dietrich (Steglitz) über „Grundzüge für eine allgemeine Verordnung über das öffentliche Badewesen“ sowie des Professors Dr. Hirschberg (Berlin) über die Statistik des Badewesens entgegengebracht. Im Laufe der Verhandlungen langte ein Begrüßungstelegramm des Reichskanzlers an. Von Interesse war die Mitteilung, daß der preußische Landwirtschaftsminister v. Podbielski auf allen Förstereien Bäder einrichten wird. Als nächster Versammlungsort wurde Heidelberg gewählt. An die Versammlung schloß sich ein Frühstück im unteren Saale des Kasinos an, das die Stadt den Mitgliedern der Versammlung geboten hat.

Wien, 29. Mai. Heute ist hier der erste österreichische landwirtschaftliche Genossenschaftstag zusammengetreten. Auch Vertreter der deutschen und anderer ausländischer Genossenschaften haben daran teilgenommen.

Paris, 30. Mai. (Telegramm.) Unter den landwirtschaftlichen Arbeitern des Departements Seine et Marne ist eine bedenkliche Ausstandsbewegung ausgebrochen. Die Landwirte haben infolge der drohenden Haltung der Streikenden sich gezwungen gesehen, die Forderungen zu bewilligen.

Neapel, 30. Mai. (Tel.) Am 28. Mai früh erhob sich eine dichte Rauchsäule aus dem Vesuv, begleitet von leichten donnerähnlichen Geräusch. Es brach eine große Panik unter den Bauern in Resina aus. In Torre del Greco sind die Traßierungsarbeiten für die neue Straße auf den Vesuv eingestellt worden. Vulkanologen halten diese Tätigkeit für die letzte Phase der jüngsten Eruption.

London, 30. Mai. (Tel.) Aus Mandhla(?) (Zululand) wird gemeldet, Oberst Mackenzie hat mit einer starken Truppenabteilung die Rebellen am 29. Mai morgens im Mkhtal(?) des Zulugi(?) angegriffen; der Feind wurde in den Wald gejagt. Die britischen Verluste beziffern sich auf einen, die des Feindes auf 40 Tote.

St. Petersburg, 29. Mai. Der Kauf von Wäldern aus dem Privatbesitz des Zaren. Sensationelle Gerüchte werden von mehreren Petersburger Blättern verbreitet. Diesen freilich noch nicht beglaubigten Gerüchten zufolge wurden die neulich schon im ‚Westfäl. Merkur‘ erwähnten Kaufverträge mit der Firma Hermann-Berlin abgeschlossen; doch bildet diese bescheidene Firma nur eine Folie, hinter der das Bankhaus Mendelssohn steht, welches zum Abschluß des Geschäfts bereits im April seinen Inhaber Fischel nach Petersburg abgesandt hat. Im ganzen werden 50 Mill. Rubel gezahlt, für welche Summe ein großer Teil der Apanagewälder, darunter auch der historische Belowescher Urwald, von der genannten Berliner Firma erworben worden ist. Bei dem Kauf soll die Bedingung gestellt worden sein, jährlich nicht mehr als 5 Prozent der gekauften Wälder zu fällen. — Demgegenüber berichtet der Berliner Korrespondent der ‚Frankf. Ztg.‘: Ich erfahre von bestunterrichteter Seite, daß diese Angabe, soweit sie das Bankhaus Mendelssohn u. Co. betrifft, jeder Begründung entbehrt. Herr Fischel vom genannten Hause hat bei seiner wiederholten Anwesenheit in Petersburg nicht einmal über ein solches Geschäft gesprochen, auch dürfte die Firma sich zu derartigen Transaktionen, die ganz außerhalb des Rahmens ihrer Tätigkeit liegen, schwerlich verstehen. In maßgebenden Kreisen der Berliner Holzbranche ist übrigens von einem Geschäft, wie das oben erwähnte, ebenfalls nichts bekannt.

Konstantinopel, 29. Mai. Der Deutsche Kaiser hat den beiden ältesten Söhnen des Sultans das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen.

Newyork, 29. Mai. Die Presse verlangt die sofortige Veröffentlichung des Berichtes über die Produktionsmethode des Fleisch-Trustes. Die Affäre stellt jeden Skandal der neuesten Zeit in den Schatten.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 30. Mai. (Telegramm.) **Abgeordnetenhaus.** Nachdem das Haus die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Brust auf dessen Antrag gegeben hat, und mehrere Rechnungssachen erledigt sind, tritt das Haus in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betr. Bereitstellung von Geldmitteln für die nach dem Gesetz vom 12. August 1905 durchzuführenden Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse der oberen und mittleren Oder.

Abg. Stoffer (kons.) bittet um Annahme des Gesetzentwurfs, der die Staatsregierung ermächtigt, zu Regulierungszwecken der Oder zunächst 15 Millionen zu verwenden.

Abg. Graf Praschma (Zentr.) stimmt gleichfalls der Vorlage zu.

Der Landwirtschaftsminister weist darauf hin, daß das Gesetz sich lediglich auf die Oder beschränke.

Darauf wird die Vorlage in zweiter Lesung angenommen.

Dann folgt die Beratung des Staatsvertrages zwischen Preußen, Bayern, Baden und Hessen wegen der Kanalisierung des Mains von Offenbach bis Aschaffenburg vom 21. April 1906.

Die Kommission beantragt, den Staatsverträgen die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben.

Abg. Funk (freis. Vp.) erklärt seine Zustimmung zu den Vorlagen, betont aber, daß die grundsätzlich ablehnende Tendenz seiner Partei gegen die Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen unverändert sei. Die Rechtslage sei noch keineswegs geklärt. § 19 des Kanalgesetzes vom vorigen Jahre sei nach der Ansicht hervorragender Rechtslehrer ein Eingriff in die Reichsverfassung.

Abg. Pappenheim (kons.) erklärt, theoretische Erörterungen über die Schiffahrtsabgaben hätten jetzt wenig Wert. Hoffentlich werde die Einsicht über die Notwendigkeit derselben in weitere Kreise dringen. Was die finanzielle Bedeutung des vorliegenden Staatsvertrages angehe, so sei diese für Preußen durchaus keine glänzende. Preußen müsse aber in diesem Vertrage Bayern ein Opfer bringen, da dieser Bundesstaat das vitalste Interesse daran habe. Durch die Einführung von Schiffahrtsabgaben werde die Reichsverfassung nicht verletzt. Redner erwartet, daß die Vorlage den § 19 des Kanalgesetzes strenge berücksichtige und nicht daran rüttele oder deutele. Insbesondere seien seine Freunde nicht bereit und in der Lage, weitere Verbesserungen der Schiffahrtsstraßen zu bewilligen.

Abg. Broemel (frs. Vgg.) führt aus: Gegen die Schiffahrtsabgaben an sich habe seine Partei nichts einzuwenden. Für die Belastung der natürlichen Wasserstraßen sei sie aber nicht zu haben. Die Frage des § 19 sei nach dem rechtlichen und praktischen Inhalt zu prüfen. Wenn auch die Auffassung des Geheimrats Peters in seinem Buche über das Erheben von Schiffahrtsabgaben richtig sein möge, so müsse doch der praktische Erfolg einer solchen Maßnahme für die Binnenstraßen berechnet werden. Ueberdies werde die Einführung solcher Abgaben erst neuerdings angestrebt.

Unterstaatssekretär Holle führt aus: Ich schließe mich im wesentlichen den Ausführungen Pappenheims an. Durch § 19 des Kanalgesetzes ist die Frage der Zulässigkeit der Schiffahrtsabgaben im Hinblick auf den § 4 der Reichsverfassung entschieden. Es steht zu hoffen, daß die beteiligten Bundesstaaten den Standpunkt Preußens teilen werden. Die Abänderungen werden nach Inbetriebnahme des Rhein-Weser-Kanals in Kraft treten.

Geheimrat Peters erklärt: Die Erhebung von Schiffahrtsabgaben ist durchaus berechtigt.

Abg. Savigny (Ztr.) stimmt der Vorlage zu, bittet aber als Grundbesitzer im Kreise Hanau, die Interessen dieser Stadt zu wahren, wozu die Entschädigung für die notwendig werdende Verlegung des Wasserwerkes gehöre.

Unterstaatssekretär Holle gibt eine wohlwollende Erklärung ab.

Abg. Hirsch-Essen (natl.) erklärt, bei der Vorlage dürfe nicht so kleinlich abgewogen werden, ob Bayern oder Preußen den größeren Vorteil von der Vorlage habe. Die Tatsache sei unbestreitbar, daß für beide Länder ein erheblicher Vorteil erwachse.

Darauf wird die Vorlage angenommen.

Die Denkschrift betr. Uebernahme der im Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 geforderten Verpflichtungen wird durch Kenntnisnahme erledigt und eine Resolution dazu, die die Einnahmen und Ausgaben des ganzen Rhein-Weser-Kanals von Dortmund bis Papenburg einheitlich verrechnet wissen will, wird angenommen.

Nachdem sodann eine Reihe von Petitionen erledigt ist, darunter mehrere um Bahnbauten der Regierung als Material überwiesen sind, vertagt sich das Haus.

Schluß gegen 2 Uhr.

Präsident Kröcher teilt mit, er werde die nächste Sitzung zu dem Tage anberaumen, wo im Herrenhause das Schulunterhaltungsgesetz zur Beratung gestellt werde, was voraussichtlich nicht vor dem 25. Juni der Fall sein werde.

Berlin, 30. Mai. (Telegramm.) **Herrenhaus.** Das Haus erledigte Petitionen und ging sodann zur Beratung der Knappschaftsnovelle über.

Bopelius empfiehlt die Annahme der Vorlage, während Graf Oppersdorff sich zugunsten des geheimen Wahlrechtes ausspricht und erklärt, daß er gegen die Vorlage stimmen werde. Nachdem mehrere Redner sich zugunsten der Vorlage ausgesprochen haben, wird das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen. Das Haus ging sodann zu der Petition betr. Abänderung der Warenhaussteuer und die hiergegen gerichteten Petitionen über.

Geheimer Oberfinanzrat Strutz weist darauf hin, daß die Warenhaussteuer eine Erdrosselungssteuer nicht hätte sein sollen. Man dürfe daher auch nicht den Erfolg einer solchen von ihr erwarten.

Auf Vorschlag des Reichsbankpräsidenten Koch wird die Vorlage der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Nächste Sitzung 15. Juni.

Die Ministerkrise.

Wien, 30. Mai. Das ‚Prager Tagblatt‘ schreibt: „Eine sensationelle Wendung bereitet sich in der Reichskrise vor. Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand wird unverzüglich aus Madrid zurückkehren, da die Abdankung des Kaisers Franz Josef in Aussicht steht.“ (Wir geben diese Meldung nur mit allem Vorbehalt wieder. D. Red.)

Wien, 29. Mai. Präsident Graf Vetter hat das Reichsratsgebäude verlassen. Es verlautet, daß er seine Demission als Präsident eingereicht habe. Vizepräsident Kaiser erklärte sich bereit, für morgen eine Sitzung einzuberufen. Inzwischen wird aber voraussichtlich der Reichsrat vertagt werden.

Wien, 30. Mai. Dem ‚Fremdenblatt‘ zufolge dürfte die Verlängerung des bis 31. Mai mit Serbien vereinbarten Handels-Provisoriums seitens Oesterreich-Ungarns nicht bewilligt werden, da die Handelsvertragsverhandlungen bei der Haltung Serbiens in der Lieferungsfrage ins Stocken geraten sind. Es würde demnach die seit dem 19. März Serbien vorübergehend gewährte Meistbegünstigung in Fortfall kommen und vom 1. Juni an für serbische Provenienzen der autonome Zolltarif in Anwendung kommen.

Paris, 30. Mai. (Telegramm.) Die ‚Petite Republique‘ beginnt mit Mitteilungen aus den Akten des neuen Verfahrens des Kassationshofes in der Revision des Dreyfus-Prozesses. Sie produziert einen Rohrpostbrief, den Hauptmann Guerin nach der Degradation Dreyfus' an den Generalgouverneur von Paris, General Saussier, gerichtet hatte, und der lautet: „Die Parade ist beendet. Dreyfus schrie: Es lebe Frankreich und beteuerte seine Unschuld. Ein anderer Zwischenfall kam nicht vor.“ Dieses Telegramm, das erst nach dem Prozeß von Rennes aufgefunden wurde, entkräftet die bekannten Aussagen des Hauptmanns Lebrun-Renault. Es ist besonders deshalb von Bedeutung, weil Hauptmann Guerin selbst in Rennes eine Aussage gemacht hatte, die im Widerspruch zu seinem Telegramm steht.

London, 29. Mai. Aus Port Said wird berichtet, daß die im Hafen liegenden englischen Kriegsschiffe ihre kriegerischen Vorbereitungen fortsetzen. Der Kreuzer ‚Minerva‘ hat zahlreiche Maximgeschütze an Bord aufgestellt. Der Dampfer ‚Japan‘ hat 4000 Geschosse und große Mengen anderer Munition gelandet, desgleichen das Kanonenboot ‚Hecla‘, aus Malta kommend.

London, 30. Mai. (Tel.) Staatssekretär Grey und der französische Botschafter in London Cambon unterzeichneten eine Konvention, wodurch die Abgrenzung der Besitzungen zwischen dem Niger und dem Tschadsee dergestalt abgeändert werden, daß einerseits Frankreich freie Wegeverbindung zwischen dem Niger und dem Tschadsee erhält, andererseits aber auch die gegenwärtige politische Einteilung der Eingeborenen in Staaten und Stämme berücksichtigt wird.

Konstantinopel, 29. Mai. Die Pforte leistete einen Schadenersatz in der Höhe von 350 Pfund für widerrechtliche Zurückhaltung des deutschen Seglers ‚Odysseus‘.

Konstantinopel, 30. Mai. (Telegramm.) Nach Mitteilungen aus Montenegro scheint die Lage an der Grenze gebessert. Die Dekamierung der Truppen hat begonnen. Der montenegrinische Geschäftsträger gab heute nach dieser Richtung hin beruhigende Erklärungen ab.

Belgrad, 30. Mai. (Tel.) Infolge eines am Samstag der serbischen Regierung zugekommenen Memorandums der Wiener Regierung, worin diese kategorisch auf Bestellung von Skodakanonen besteht, fand am 28. Mai eine Sitzung des Ministerrates unter dem Vorsitz des Kaisers statt, wobei die serbische Regierung auf ihrem Standpunkt verharrte. Das Ministerium wird auch dem neuerlichen Druck Oesterreich-Ungarns in der Lieferungsfrage, selbst auf die Gefahr eines Zollkrieges hin, nicht nachgeben, sondern eher demissionieren.

Handels-Nachrichten.

Der Nachdruck aller mit einem * bezeichneten Artikel ist nur mit Quellenangabe gestattet.

*** Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein, Akt.-Ges., Georgsmarienhütte bei Osnabrück.** Man schreibt uns: Das Eisen- und Stahlwerk ist zurzeit so stark beschäftigt (Schienen, Marinematerial), dass Arbeitermangel eingetreten ist. Es werden zunächst noch 500 Mann gesucht.

*** Neue Verschmelzung von Kohlenbergwerken!** Es verlautet, dass in einer am 28. d. M. abgehaltenen Sitzung von am Kohlenbergbau Beteiligten ernstlich erwogen wurde, die Verschmelzung der Gewerkschaft Unser Fritz, sowie der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerkes Graf Bismarck mit der Bergwerks-Akt.-Ges. Consolidation zu Gelsenkirchen eintreten zu lassen.

*** Akt.-Ges. Schalker Gruben- und Hüttenverein in Gelsenkirchen.** Wie verlautet, beginnt die Gesellschaft in den nächsten Tagen mit dem Abteufen eines neuen Förderschachtes der Zeche Pluto in der Nähe der Emschertalbahn bei Röhlinghausen. Mit der Errichtung der Schachtgebäude und des Maschinenhauses, sowie einer Arbeiterkolonie hat man bereits begonnen.

*** Bergwerks-Akt.-Ges. Bliesenbach, Düsseldorf.** Den Bericht der Direktion über das 1. Quartal haben wir bereits mitgeteilt. Mitte Mai ging bekanntlich folgende Notiz durch die Presse: „Von privater Seite hört die ‚Nationalzeitung‘, dass die Ziffern des 1. Quartals ein recht ungünstiges Bild liefern würden. Es sollen noch über 100 Tonnen Blei- und Zinkblende-Erze weniger gefördert worden sein, als im 1. Quartal 1905, in welch letzterem nur 378 Tonnen Bleierze und 609 Tonnen Zinkblende-Erze gefördert wurden. Jedoch würde die Ausbeute von Januar-März noch geringer sein, wie die besonders ungünstige Ausbeute des letzten Quartals 1905, obwohl gerade jetzt die guten Marktverhältnisse in Blei und Zink eine willkommene Gelegenheit geboten hätten, eine höhere Produktion vorteilhaft zu verwerten.“ — Rechnet man die Produktion in Bleierz und Zinkblende pro 1. Quartal zusammen, so ergibt sich mit 859 Tonnen gegenüber 982 Tonnen im 1. Quartal 1905 ein Minus von 123 Tonnen. Das Minus verteilt sich dabei fast gleichmässig auf Bleierz mit 61 Tonnen und auf Zinkblende mit 62 Tonnen. Die der „Nationalztg.“ von „privater“ Seite schon vor 14 Tagen zugegangenen Mitteilungen haben sich also als richtig herausgestellt, und die schwergeprüften Aktionäre von Bliesenbach sind um eine Enttäuschung reicher, wenn sich auch erfreulicherweise das Erträgnis gehoben hat. Bei dieser Gelegenheit sei an die Direktion die bescheidene Anfrage gerichtet: Wie ist es bei einer geordneten Verwaltung eines Unternehmens möglich, dass über die Ergebnisse der Gesellschaft von „privater“ Seite Mitteilungen in die Oeffentlichkeit und in die Presse gelangen können, die seitens der Verwaltung selbst erst vierzehn Tage später offiziell bekannt gemacht werden? An der Berliner Börse sind auf Grund dieser „privaten“ Mitteilungen von eingeweihten Kreisen fortgesetzt Abgaben in den Aktien von Bliesenbach erfolgt, wodurch die seriösen Aktionäre in ihrem Besitzstande beunruhigt worden sind und erheblichen Schaden erlitten haben. Jedenfalls hätten die Aktionäre auch erwarten können, dass die Verwaltung bei Bekanntgabe der Ziffern für das 1. Quartal gleichzeitig mit den Grund für den Rückgang der Produktion angegeben hätte. Doch davon schweigt des Sängers Höflichkeit. Falls die Aktionäre nicht alles Vertrauen zu dem Unternehmen und seiner Leitung verlieren sollen, wird es jetzt nachgerade Zeit, dass die Verwaltung sich endlich einmal aufrafft und den Interessenten öffentlich reinen Wein einschenkt.

*** Rolandshütte Akt.-Ges. in Weidenau bei Siegen.** Aus Verwaltungskreisen des Unternehmens wird das ungünstige Ergebnis des ablaufenden Geschäftsjahres (die Dividende wird auf 0 geschätzt gegen 7 Proz. i. V.) damit begründet, dass das Roheisensyndikat Ende vorigen Jahres grosse Verkäufe in Roheisen vorgenommen habe, ohne dass es den Hütten möglich gewesen sei, den Eisenstein bei den Siegerländer Gruben zu entsprechenden Preisen zu decken. Deren Syndikat setzte im Gegenteil kurz nach den Verkäufen des Roheisenkartells unvermittelt den Preis für Eisenstein in die Höhe, so dass die Werke, die nicht selbst über Erze verfügen, sich in schwierige Lage versetzt sahen. In der Generalversammlung des Vorjahres ist bereits darauf vorbereitet worden. Neuerdings hat bekanntlich die Rolandshütte sich auf 10 Jahre mit Eisenstein gedeckt, indem sie mit den Gruben Neue Hardt und Grimberg entsprechende Erzlieferungsverträge abschloss.

*** Deutsche Gasglühlicht (Auer)-Gesellschaft.** Die Gesellschaft wird, wie das ‚Lpz. Tgbl.‘ mitteilt, demnächst eine neue Lampe in den Handel bringen, die eine Verbesserung der Osmiumlampe darstellt. Die neue Lampe, die den Namen Osramlampe führt, wird nach Angaben der Verwaltung gegenüber den Kohlenfadenlampen einen um 70 Proz. geringeren Stromverbrauch haben, während die Ersparnis an Stromverbrauch bei der Osmiumlampe 56 Proz. beträgt. Die neue Lampe wird im Gegensatz zu der Osmiumlampe auch für Spannungen von über 100 Volt verwendbar sein. Die neue Lampe, die bei der Gesellschaft bereits auf Lager gearbeitet wird, dürfte voraussichtlich vom 1. September ab in den Handel kommen. Der Preis der Osramlampe wird niedriger sein als der der Osmiumlampe. Die Fabrikation der letzteren soll neben der der neuen Lampe weiterbetrieben werden.

*** Akt.-Ges. für Montanindustrie in Berlin.** Nach dem Geschäftsberichte für 1905/06 wurde das bei der letzten Kapitalvermehrung erzielte Aufgeld von 269 097 M. der Rücklage zugewiesen. Aus Wertpapier- und Gemeinschaftsgeschäften wurden 517 871 M. (i. V. 507 552 M.) erzielt. Grössere Verkäufe erfolgten in Harkort Bergwerk, Bayerischer Bank, Westfälischer Drahtindustrie und Bliesenbach. Abgewickelt wurden die Beteiligungen am Schweizer Eisenwerk, Hotel Reichshof sowie an der Tiefbau- und Kälte-Industrie vorm. Gebhardt u. König. Die Gesellschaft hat sich bei verschiedenen Unternehmungen durch Aktienübernahme beteiligt. An neuen Gemeinschaftsgeschäften werden genannt die Beteiligung bei Erdölwerke Hermannsglück, Eisenwerk München, Gräbschener Terrain und Hochofenwerk Lübeck. Der Reingewinn beträgt 814 449 (711 887) M., wovon 592 000 M. (504 000 M.) als Dividende von 8 Proz. (wie i. V.) verteilt werden (die 2,2 Mill. M. neuer Aktien nehmen zur Hälfte an der Dividende teil); die Rücklage erhält 35 656 (35 594) M., die Gewinnanteile erfordern 71 845 (70 966) M. und zum Vortrag verbleiben 114 948 (101 327) M. Die Wertpapiere sind mit 5 720 530 (4 984 051) M. eingestellt.

*** Akt.-Ges. für Fabrikation von Bronzewaren und Zinkguss vorm. J. C. Spinn & Sohn, Berlin.** Der Aufsichtsrat beschloss, die Verteilung von 3 Proz. (0 Proz. in den letzten 3 Jahren) Dividende vorzuschlagen.

*** Deutsch-Ueberseeische Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin.** Die Generalversammlung, in der über die bereits angekündigte Erhöhung des Aktienkapitals von 36 Millionen Mark auf 72 Millionen Mark Beschluss gefasst werden soll, wird auf den 28. Juni einberufen. Man wird wohl erwarten dürfen, dass angesichts des ungewöhnlichen Umfangs dieser Kapitalserhöhung die Verwaltung sich dazu verstehen wird, den Aktionären vor der Generalversammlung eine eingehende Begründung ihres Antrags zu geben.

*** Stempelfälschungen.** Der ‚Berl. Lok. Anz.‘ berichtet: Die Stempelfälschungen auf Südösterreichischen (Lombardischen) Eisenbahn-Aktien, beschäftigten heute den Börsenvorstand. Es wurden 40 Stück Aktien mit gefälschten Stempel vorgelegt. Die falschen Stempel unterscheiden sich, wie die Reichsdruckerei festgestellt hat, nur durch etwas blassere Farbe von den echten. Der Börsenvorstand beschloss, dass von jetzt ab der Verkäufer dem Käufer für Fälschungen haftbar sein solle. Es lag hier heute übrigens eine anonyme Karte, auf der die Namen der Fälscher, die in Krakau wohnen sollen, genannt werden.

*** Neue Obligationen der Berliner Hypothekenbank, A.-G., Berlin.** Die bekanntlich s. Z. aus der Pommerschen Hypothekenbank hervorgegangene Berliner Hypothekenbank gibt, wie bereits gemeldet, 25 Millionen Mark neue Hypotheken-Obligationen aus, die zur Berliner Börse zugelassen wurden. Davon bilden 10 Millionen Mark eine Erweiterung der in Berlin bereits notierten 4proz., bis 1. Oktober nicht kündbaren und nicht konvertierbaren Obligationen Serie I und II, und 10 Mill. Mark die Erweiterung der 4proz., bis 2. Januar 1915 nicht kündbaren und nicht konvertierbaren Obligationen Serie III und IV, während die restlichen 5 Millionen Mark 3½ Proz. Verzinsung tragen und vor dem 1. April 1916 nicht kündbar und nicht konvertierbar sind. Eine Endfrist für die Rückzahlung der Obligationen ist nicht ausgesprochen; die Kündigung darf nicht vor den genannten Terminen beginnen und muss sich jedesmal auf mindestens 1 Million Mark erstrecken. Die Ausgabe der neuen Obligationen geschieht allmählich je nach Bedarf bezw. nach Zunahme des Bestandes der unterlagsfähigen Hypotheken.

*** Oesterreich-Ungarische Staatseisenbahngesellschaft.** Die Generalversammlung genehmigte die Verteilung von 6 (5½) Proz. Dividende. Die Verwaltung teilte auf Anfrage eines Aktionärs mit, dass Verhandlungen wegen Verstaatlichung seither nicht gepflogen wurden und dass nur Kollationierungen zwischen den Rechnungsorganen der Staatsverwaltung und der Gesellschaft stattfanden. Ein Aktionär bemängelte ebenso wie in den letzten Jahren wieder die ansehnliche Höhe des Vortrags, der Abschreibungen und der Neuanlagen, ohne jedoch diesmal eine Erhöhung der Dividende zu beantragen. Die Verwaltung erklärte, nicht von ihrer Politik reichlicher Reservestellungen abweichen zu wollen.

*** Barletta-Lose.** Die Firma Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M., die bekanntlich die Besitzer von Barletta-Losen vertrat, benachrichtigt die Losbesitzer, die ihr die Wahrung ihrer Interessen übertragen hatten, dass sie die Vorschläge der Regierungskommission (36 Le für unverloste Stücke und 18,30 Le für bereits amortisierte Lose) für annehmbar hält und ihre Annahme befürwortet.

Getreide.

*** Berlin**, 30. Mai. (Eig. Drahtber. des ‚Westf. Merkur‘.) Produktenbörse. Weizen Mai (183) 184¼, Juli (182½) 181¾, Sept. (176) 175¾. Roggen Mai (156) —, Juli (155¾) 155¾, Sept. (151¾) 151¾. Hafer Mai (166¼) 164, Juli (163½) 163¼, Sept. (149½) 149½. Mais amerik. Mixed Mai (141) —, Juli (130¼) 130. Weizenmehl 22,75—24,50. Roggenmehl 19,75—21,70.

*** Paris**, 30. Mai. (Eig. Drahtber. des ‚Westf. Merkur‘.) Wetter schön. Eröffnungskurse.

	Anf. 30.	Schluss 29.		Anf. 30.	Schluss 29.
Hafer	stetig	stetig	Weizen	fest	fest
Mai	23.20	23.20	Mai	23.85	23.75
Juni	20.95	21.—	Juni	23.95	23.80
Juli-Aug.	19.60	19.60	Juli-Aug.	23.40	23.40
Sept.-Dez.	19.80	17.20	Sept.-Dez.	22.25	22.25
Roggen	ruhig	ruhig	Mehl	ruhig	stetig
Mai	15.25	15.25	Mai	30.10	30.05
Juni	15.50	15.50	Juni	30.35	30.40
Juli-Aug.	15.75	15.75	Juli-Aug.	30.55	30.55
Sept.-Dez.	15.65	15.65	Sept.-Dez.	29.35	29.35

*** Liverpool**, 30. Mai. (Eig. Drahtb. d. ‚Westf. Merkur‘.) Roter Winterweizen Juli (6/6¾) 6/6⅞, Sept. (6/6½) 6/6⅝, ruhig. Bunter amerikanischer Mais Juli (4/5⅛) 4/5½, Sept. (4/4⅞) 4/4⅞, ruhig.

Zucker.

*** Hamburg**, 30. Mai, nachm. 3 Uhr. (Eig. Drahtbericht des ‚Westf. Merkur‘.) (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg Mai 16,00, Juni 16,00, Aug. 16,45, Okt. 16,80, Dez. 16,85, März 17,20, stetig.

*** Magdeburg**, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht des ‚Westf. Merkur‘.) Kornzucker 88°, ohne Sack 7,80–8,00. Nachprodukte 75°, ohne Sack 5,90–6,35. Stimmung ruhiger. Brodraffinade I. ohne Fass 17,75–18,00. Krystallzucker I. mit Sack 00,00–00,00. Gem. Raffinade mit Sack 17,50–17,75. Gem. Melis mit Sack 17,00–17,25. Stimmung ruhig. Bei Abnahme von mindestens 300 Zentnern alles netto Zentner. Rohzucker 1. Produkt Transito frei an Bord Hamburg Mai 15,95 Gd., 16,05 Brf., Juni 15,95 Gd., 16,05 Brf., Juli 16,15 Gd., 16,25 Brf., Aug. 16,40 Gd., 16,45 Brf., Okt.-Dez. 16,75 Gd., 16,80 Br., Jan.-März 17,05 Gd., 17,10 Brf. ruhig.

Oele und Spiritus.

*** Berlin**, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht des ‚Westf. Merkur‘.) Rüböl Mai (50,10) 50,00, Oktober (52,00) 52,20, Dezbr. (52,50) 52,50.

*** Paris**, 30. Mai. (Eig. Drahtber. des ‚Westf. Merkur‘.) Wetter schön. Eröffnungskurse.

	Anf. 30.	Schluss 29.		Anf. 30.	Schluss 29.
Rüböl	matt	ruhig	Leinöl	flau	matt
Mai	59.—	59.25	Sept.-Dez.	46.50	47.—
Juni	58.75	59.25	Spiritus	stetig	fest
Juli-Aug.	59.25	59.25	Mai	42.25	42.25
Sept.-Dez.	60.—	60.25	Juni	42.50	42.50
Leinöl	flau	matt	Juli-Aug.	42.25	42.25
Mai	45.50	46.25	Sept.-Dez.	39.—	39.—

Baumwolle.

*** Bremen**, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht des ‚Westf. Merkur‘.) Baumwolle. Upland middl. loco (58½) 58 Pfg. ruhig.

*** Liverpool**, 30. Mai, mittags 12 Uhr 45 Min. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Tendenz für Amerikaner loco ruhig. Preis: 6,09. Amerikanische good ordinary Lieferungen: —, stetig. Mai (5,90) 5,87, Mai-Juni (5,90) 5,86, Juni-Juli (5,92) 5,86, Juli-Aug. (5,93) 5,87, Aug.-Sept. (5,84) 5,80, Sept.-Okt. (5,74) 5,71, Okt.-Nov. (5,69) 5,66, Nov.-Dez. (5,67) 5,65, Dez.-Jan. (5,67) 5,65, Jan.-Febr. (5,70) 5,65.

Kaffee.

*** Hamburg**, 30. Mai, nachm. 3 Uhr. (Eig. Drahtbericht des ‚Westf. Merkur‘.) (Schlussbericht.) Good average Santos Mai —, Sept. 36¾, Dez. 37, März 37¼, ruhig.

*** Havre**, 30. Mai, vorm. 10 Uhr 30 Min. (Eig. Drahtbericht des ‚Westf. Merkur‘.) Kaffee good average Santos Mai 44, Sept. 44¾, Dez. 45¼, März 45¾, ruhig.

Metalle.

*** London**, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht des ‚Westf. Merkur‘.) Anfang. Chili-Kupfer 85½, per 3. Monat 85¼, stetig. Zinn 186½, per 3. Monat 185½, stetig.

*** London**, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht des ‚Westf. Merkur‘.) Schluss. Chili-Kupfer 85¼, per 3. Monat 85, stetig. Zinn 186, per 3. Monat 185½, fest.

Heute sind sämtliche amerikanischen Märkte geschlossen (Decoration Day).

Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des „Westfälischen Merkur“

Schlusskurse.

	29. 5.	30. 5.
Wechs. Amst. kurz	168,70	—
„ Brüssel „	81,20	—
„ London „	20,485	—
„ Paris „	81,35	—
„ Italien „	81,45	—
„ Wien „	85,20	85,20
Privatdiskont	3⅞	3⅞
Berl. Handelsges.	172,90	172,60
Darmstädter Bank	142,25	142,25
D.-Asiat. Bank	154,60	154,50
Deutsche Bank	238,00	237,75
Diskonto-Kommand.	185,75	185,50
Dresdner Bank	160,30	160,25
Dresdner Bankv.	113,00	113,00
Essener Kreditanst.	166,25	166,30
Hannov. Bank	131,90	131,90
Nat.-Bank f. Dtschl.	127,50	127,60
Oesterr. Kreditanst.	211,10	209,00
Osnabrücker Bank	141,10	141,25
Pr. Zentr. Bod. Kr.	192,50	191,75
Schaffh. Bankv.	159,00	159,00
3½% D. Reichsanl.	99,90	99,90
3½% „ „ neue	99,90	99,80
3% „	87,90	87,90
3½% Preuss. Kons.	99,90	99,90
3½% Pr. Kons. neue	99,90	99,90
3% Preuss. Kons.	88,00	88,00
3% Sächs. Rente	86,60	86,50
3½% Rh. Obl. S. 19	98,30	98,30
4% Westf. Pr.-Anl.	—	101,80
3½% „ „ u. 1915	97,40	97,40
Münst. Stadt-Anl.	—	—
4% Westf. Pfandbr.	102,00	102,10
3½% „ „	97,20	97,10
4% Rh.-W. Rentbr.	102,40	102,40
3½% „ „	98,25	98,00
4% Rh.-Westf. Bod. Kr. Pfandbr. S. 9	102,00	102,00
4½% do. S. 6	98,00	98,00
3½% Argent. Anl.	—	—
4% Buenos Aires St.-Anl.	103,00	102,70
5% Chinesen 1896	101,70	101,70
4½% „ 1898	97,75	97,70
4% Italiener	105,75	105,90
5% Mexikaner	—	—
4% Österr. Goldr.	102,80	—
4% „ Kronenr.	100,10	—
4⅕% „ Silberr.	100,60	—
4% Rumänen 1898	91,40	91,20
4% Russ. Kons. 1889	78,50	—
4% „ inn. Anl.	—	—
4% Spanier	—	—
4% Ungar. Goldr.	—	96,10
4% „ Kronenrente	96,30	95,75
4% Türken 1903	85,75	86,10
Öst.-Ung. Staatsb.	144,80	—
Südösterr. Lomb.	25,70	26,40
Canada Pacific	159,25	159,00
Lux. Prince Henry	152,00	154,30
Allg. Elektr.-Ges.	225,25	225,25
Anglo Cont. Guano	116,50	116,00
Bismarckhütte	347,00	346,00
Bliesenbach Verzug	72,10	72,10
Boch. Bergw. C.	88,00	88,75
„ Gusstahl	251,75	252,20
„ Viktoriahr.	137,60	137,60
Böhler	285,10	285,10
[illegible] Walzw.	156,70	157,60
Buderus	132,10	133,10
Concordia Bergw.	331,75	331,00
Consol. Schalke	446,75	447,00
Dtsch.-Lux. neue	221,00	221,00
Dtsch.-Uebs. Elekt.	182,50	183,00
Dortm. Union C.	87,30	87,80
„ „ D.	166,40	165,00
„ Brauerei	364,00	364,00
„ Germ.-Br.	200,00	199,10

	29. 5.	30. 5.
Dortm. Löwenbrk.	216,00	216,00
„ Unionbr.	268,50	268,50
„ Victoriabr.	140,25	140,50
Düsseld. Eisen-Akt.	157,25	158,00
Dynamit Trust	181,25	180,95
Elektr. Hochbahn	128,00	127,75
Eschweiler Bergw.	266,00	264,00
„ Eisen	158,00	157,40
Friedrichshütte	154,50	—
Geisweider Eisen	244,50	246,75
Gelsenk. Bergw.	226,00	226,00
„ Gusstahl	113,00	113,25
Georg-M.-H. St.-A.	81,10	82,00
„ „ St. Pr.-A.	101,25	106,80
Glückauf-Brauerei	144,00	143,80
Gr. Berl. Str.-B.	191,00	191,25
Hamb. Paketf.	162,00	162,40
Hann. Masch. Egest.	385,75	381,00
„ Strassenb.	82,75	81,80
Hansa	139,75	141,00
Hark. Brückenb. cv.	109,80	110,10
„ „ St. Pr.	134,10	138,00
Harpener Bergb.	218,00	217,75
Hasper Eisen	250,25	251,10
Hengstenberg	161,80	162,25
Herbrand Waggon	166,00	167,75
Hochdahl V.-A.	157,00	157,75
Hörder St. Pr.-A.	210,00	211,60
Hösch Stahlw.	246,10	246,50
Humboldt Masch.	131,00	131,30
Isenbeck-Brauerei	102,25	102,25
Kölner Bergw.	434,00	434,50
Köln-Müs. Bergw.	172,90	171,25
König Wilh. con. A.	276,75	277,60
„ „ St. Pr.	358,30	358,70
Königsborn Bergw.	170,50	171,80
Kuppersbusch	215,00	211,00
Lahmeyer	152,75	152,75
Laurahütte	247,50	247,90
Lindenbr. Cons.	78,75	78,75
Luise Tiefb. St. Pr.	107,75	—
Magdeb. Bergw.	—	—
Massener Bergw.	148,00	148,00
Mech. Web. Linden	140,25	140,10
Menden u. Schwerte St. Pr.	122,75	124,25
Nordd. Lloyd	128,00	128,40
Nordstern Bergw.	312,10	312,00
Oberschl. Eis.-Bed.	143,50	143,10
„ Eis.-Ind.	136,60	136,95
Orenstein u. Koppel	222,75	224,60
Osnabr. Kupferdr.	131,75	132,00
Phönix Bergw. St.-A.	217,50	216,80
Rhein.-Nassau	219,60	220,00
„ Bergbau	122,10	122,00
„ Metallw.	121,50	122,25
Rhein. Spiegel	274,60	275,75
„ Stahlw.	207,90	208,25
„ Westf. Kalkw.	168,00	166,00
Rombacher Hütte	225,75	225,00
Rote Erde	74,00	73,75
Schalker Gruben	276,00	276,00
Schuckert Elektr.	134,10	133,80
Schulz Knaudt-Akt.	170,25	170,80
Siemens u. Halske	194,25	194,10
Stolb. Zinkh.	187,25	187,60
Tecklenbg. Schiffw.	186,00	186,30
Thale Eis. V.-A.	191,25	190,40
Wass. Gelsenk.	277,00	277,00
Westeregeln Alkali	240,10	241,25
Westf. Kupfer	144,25	144,50
„ Draht	226,50	229,00
„ Stahl	121,50	121,60
Wicking Cement	148,50	151,25
Wissener Bergw.	216,75	216,80
Wittener Gussst.	276,50	277,75
„ Stahlr.	267,00	268,00
Wurmrevier	—	146,00
Zellst. Waldh.	312,40	315,00

Nachbörse.

Oesterr. Kredit	210,75	209,25	Türkenlose	148,50	148,25
Berl. Handel	173,10	172,75	4½% Japaner 05	95,10	95,25
Deutsche Bank	237,80	237,75	Boch. Gussst.	252,00	252,50
Diskonto	186,00	185,75	Dortm. Union C.	87,75	87,80
Dresdner Bank	160,10	160,25	Laurahütte	247,60	248,00
Canada Pacific	159,30	159,00	Consolidation	—	447,00
Baltimore and Ohio	107,40	107,10	Gelsenkirchener	226,00	226,10
Spanier	—	—	Harpener	218,00	217,90
Russen 1902	78,60	78,60	Hibernia	—	—

Tendenz: still. Reichsbank-Diskont: 4½%

Tendenz-Bericht.

*** Berlin**, 30. Mai. Die innerpolitischen Zustände Oesterreichs und die damit zusammenhängende Mattigkeit der Wiener Vorbörse sowie der anfängliche durch den Verlauf der gestrigen Pariser Börse bedingte Rückgang der Russenwerte um ¼ Proz. wirkte auf die Gesamthaltung verstimmend ein. Oesterreichische Kreditaktien stellten sich bei Beginn 1 Proz. niedriger, und auch deutsche Banken neigten zur Schwäche. Von Bahnen konnten sich Lombarden ziemlich gut behaupten. Die Kursbewegung gestaltete sich im übrigen unregelmässig, da bei der herrschenden Lustlosigkeit nur vereinzelte Umsätze stattfanden. Prinz Heinrichbahn wurden durch anhaltende Meinungskäufe gesteigert. Von Industriewerten erfuhren Bochumer Guss und Rheinstahl Besserungen. Ferner stiegen Hansa um 1½ Prozent auf das wieder auftauchende Gerücht von einer Verständigung mit der englischen Konkurrenzlinie. Die Bewegung in Hansa brachte den anderen, anfänglich schwach liegenden Schiffahrtsaktien einige Befestigung. Das Geschäft trug auch späterhin einen sehr ruhigen Charakter. Die mit Deckungskäufen erklärte Befestigung der Russen von 1902 und die zeitweise recht feste Haltung von Russ. Bank machte auf die Gesamthaltung nur wenig Eindruck. Geld über Ultimo ca. 4½ Proz., tägl. Geld 3 Proz.

Die weitere Erholung der Russenwerte auf Petersburger und Pariser Festigkeit gestaltete die Tendenz schliesslich etwas freundlicher, ohne eine Belebung zu bringen. Nachbörse ruhig. Industriewerte des Kassamarktes besser.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: [illegible] in Münster.

Saxlehner's Hunyadi János Bitterwasser, ein Naturprodukt ersten Ranges, ist seit Jahrzehnten von den Aerzten und dem Publikum hochgeschätzt. Das glückliche Verhältnis zwischen Glauber- und Bittersalz, die zuverlässig, schnell und ohne Kolikschmerzen sich vollziehende abführende oder ableitende Wirkung, die Möglichkeit eines längeren, von unerwünschten Nebenwirkungen freien Gebrauchs zu häuslichen Kuren, die Gleichmässigkeit und Haltbarkeit führen ihm stets neue Freunde zu. Seine beste Empfehlung ist der bewährte, von Aerzten und Kranken anerkannte Erfolg. Es kann in jedem Lebensalter gebraucht werden; gewöhnlich genügt für Erwachsene ein Weinglas voll Früh nüchtern (nicht zu kalt) genommen. Kinder erhalten die Hälfte dieser Dosis, event. mit Milchzusatz. Stopfende, blähende und zu fette Speisen sind zu meiden.

Scharbeutz a. d. Ostsee
Hotel Wilhelminenbad
unmittelbar an der See gelegen, mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtet. Bes.- u. Nachfolgerin ev. mäßige Preise. Prospekt.

Familiennachrichten.

Geboren: 1 Knabe: Eugen Kelling, Hagen i. W. — Bergassessor Robert Hamann, Oberhausen. — 1 Mädchen: Michael Werther, Kalk. — Eb. Schlingloff-Bucher, Bonn.

Verlobt: Hedwig Strauch u. Hptm. Waldemar Hein, Köln. — Thea Schell, Oberhausen-Sterk, u. Bergassessor Jul. Heinrich, Solingen.

Vermählt: Jetty Schulte u. Ernst Schulze, Rettungshausen-Asyl. — Heinrich Tümmerhoff u. Bertha Peters, Hagen i. W. — Albert Mollenhauer jr., Barmen, u. Meine Freimuth, Elberfeld. — Hans Diedenhof, Mülheim (Ruhr)-Broich, u. Elisabeth Jaenke, Bielefeld. — Carl Klingenberg u. Lydia Brückner, Krefeld. — Hptmann Karl Hollender, Erfurt, u. Maria Lauff, Köln. — Joseph Rhaue, Remscheid, u. Gertrud Heinrichs, Bergheim.

Gestorben: Anna Gastwirt Clemens Schürmann, Anna geb. Evenamp, 60 J., Lüdinghausen. — Kommerzienrat Carl Berg, Düsseldorf. — Oberbürgermeister Erich Zweigert, 58 J., Essen. — Fräul. Cäcilie George, 58 J., Köln. — Oberpostsekretär a. D. Wilh. Tonack, 61 J., Köln-Nippes. — Frau Hubert Carl, 85 J., Aachen. — Otto Neumann als Kellner, 53 J., Aachen.

Hopfen.
Leistungsfähige bayerische Hopfenfirma sucht einen in Brauereien gut eingeführten
Vertreter
gegen hohe Provision.
Offerten unter N. K. 1096 an Rudolf Mosse, Nürnberg. 3010

Scharbeutz a. d. Ostsee
Hotel Wilhelminenbad
unmittelbar an der See gelegen, mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtet. Bes.- u. Nachfolgerin ev. mäßige Preise. Prospekt.

Schnelle und preiswerte Herstellung von
Druckarbeiten
für
Geschäfte u. Privatbedarf
durch die
Westfälische Vereinsdruckerei
vormals Coppenrath'sche Buchdruckerei,
Münster i. Westf.

Spezialität:
Akzidenzarbeiten
wie
Preislisten
Briefbogen
Rechnungsformulare
Tischkarten
etc. etc.
in ein- und mehrfarbiger Ausführung.
Proben und Preisberechnungen stehen gern zu Diensten.

Eine kath. Firma in der Provinz Brandenburg sucht zum 1. Juli oder später für ihr Manufaktur- und Modewaren-Geschäft einen soliden
kath. Commis,
der mit Landkundschaft umzugehen weiß. Am Orte keine kath. Kirche. Offerten an die Exped. d. Bl. unter W. B. 2900 zu richten.

Für die Reisezeit
empfehlen wir die Benutzung unserer
feuer- und diebessicheren Stahlkammern
zur Aufbewahrung von **Wertpapieren, Dokumenten, Gold- und Silbersachen, Geschmeide** u. s. w.
Die eisernen **Schrankfächer** (Safes) stehen unter dem **eigenen** Verschluss der Mieter.
Auch **verschlossene Depots** (Pakete, Koffer, Kisten, Körbe pp.), welche verschnürt und versiegelt einzureichen sind, werden in Verwahrung genommen.
Münsterische Bank,
Filiale der Osnabrücker Bank.
Königsstrasse 18.
1908

Magazin-Genossenschaft vereinigter Innungsmeister
e. G. m. b. H.
Münster i. Westf.,
503 Alterssteinweg 16 Alterssteinweg 16.
Möbel-, Polster- und Dekorations-Geschäft.
Großes Lager selbstverfertigter Möbel.
Komplete Musterzimmer.

PIANOS
modernen Stils, Flügel u. Pianinos in vollkommener Ausführung, neu und gebraucht, sowie Harmoniums und Klavierspielapparate in reicher Auswahl empfiehlt
Rud. IBACH Sohn
Kgl. Hof-Pianofortefabrikant
Alleinvertrieb
des Pianola und Aeriola
Barmen
Neuerweg 40
Berlin-Köln-Düsseldorf-Hamburg-London.
Bei Kauf, Miete, Umtausch, Reparatur oder Stimmung weiden man sich an die mehr als hundertjährige Erfahrung des durch vier Generationen bestehenden Hauses
IBACH

FEST-HALLE
Heute Donnerstag
den 31. Mai 1906:
Abschieds-Vorstellung und
Ehren-Abend
für Herrn Direktor
E. Rothmann
Frühlingsluft
Operette in 3 Akten von Strauß.
Freitag bleibt das Theater geschlossen. Samstag:
Frankf. Residenz-Ensemble.

Scharbeutz a. d. Ostsee
Hotel Wilhelminenbad
unmittelbar an der See gelegen, mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtet. Bes.- u. Nachfolgerin ev. mäßige Preise. Prospekt.

Wer
sein Grundstück, Geschäftshaus, Hotel, Villa verkäuflich verpachten oder beleihen, beide sofort seine Adresse an die Exped. ds. Bl. unter E. W. 80, General-Vertreter in einigen Tagen anwesend. (Prov. Agent.) Strengste Diskretion. 2004

„Die Meldestelle"
Offene Handelsgesellschaft im ganzen Deutschen Reich.

Ornis

Verein für Geflügelzucht und Tierschutz zu MÜNSTER i/W.
Freitag, den 1. Juni, abends 9 Uhr, auf dem „Hasling, Warten"
Monats-Versammlung.
Vortrag des Herrn Zuchtinspektor Lapp über „die Weißgeschwänzte Tabernaemont".
Vortrag über „Vogelschutz".
Große **Verlosung** von lebenden und geschlachteten Geflügel, sowie von 1 Ziegbock.
Jedes Mitglied erhält ein Freilos.
2004 **Der Vorstand.**

Scharbeutz a. d. Ostsee
Hotel Wilhelminenbad
unmittelbar an der See gelegen, mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtet. Bes.- u. Nachfolgerin ev. mäßige Preise. Prospekt.

Anzeigen von Kurorten, Hôtels, Sommerfrischen und Pensionen.

Berlin W. 56.
Krebs Hôtel Union
Schinkelplatz 4, am Königl. Schloß.
Ruhigste und vornehmste Lage der Residenz. Zimmer von 2 Mk. an. Fahrstuhl, elektr. Licht u.
O. Krebs, Mitgl. d. K. K. V.

Baden-Baden.
Französischer Hof.
I. Rang.
In schöner freier Lage beim Kurhause und der Trinkhalle, mit allen Bequemlichkeiten der Neuzeit. **Garten, Restaurant,** mäßige Preise. **Pension.** 8 Minuten vom Bahnhof.

Bad Ems.
Kurlogierhaus **Marienheim,** Römerstr. 89,
und **Villa Maria,** Viktoria-Allee,
nahe der neuen kath. Kirche und dem Kurpark mit schönem Garten, bringt sich in empfehlende Erinnerung.
Logis mit Frühstück 2.50 Mark.
Besitzer: **H. J. Wirz.**

Ostseebad Misdroy.
Hotel u. Pensionat „Zum deutschen Hause" u. Dependance.
Familien-Hotel I. R.
Bekannt wegen seiner vorzüglichen Verpflegung. Preise mässig. Hotelwagen an der Bahn und am Dampfschiff.
Telephon Nr. 14. Besitzer: **Fritz Retzke.**

Königl. Nordseebad **Norderney.**
Strandhotel, Europäischer Hof
Vornehmes Familienhotel allerersten Ranges, direkt am Meere.
Kaiserstrasse. Telegr.-Adr. „Europäischer Hof", Telef. No. 306.
Volle Pension. ***Mässige Preise.***
Besitzer Wilh. Borchers.

Bad Kissingen (Bayern).
Hotel „Englischer Hof",
in nächster Nähe des Kurgartens, der Quellen und Bäder.
Durch gründliche Umbauten vergrößert u. verbessert. Komfortable Zimmer, zum Hochpart. und 1. Stock. Auf Verlangen volle Pension 4 Personen u. Tag von 6½ Mk. an, je nach Ansprüchen. Elektr. Licht. Großer, schattiger Garten. Hotel-Omnibus am Bahnhof. Velocipede- und Automobil-Halle.
Bes.: ***Ch. L. Zapf,***
vorm. „Hotel Zapf am Bahnhof" und „Rautenhof".

Bad Ems.
Hotel und Pension Soltau
(in der Nähe der neuen kath. Kirche),
bestens renommiert, bringt sich in empfehlende Erinnerung.
Pensionspreis von 5 Mk. an. Prospekt gratis.
A. H. Soltau, Wwe.

Bingen a. Rh.
Hotel Hilsdorf.
Gut bürgerliches Haus.
Schöne Zimmer und vorzügl. Betten. Gute Küche, billigste gepflegte Weine, mäßige Preise.
J. B. Hilsdorf, Besitzer.

Bad Driburg.
Hotel und Pension
Englischer Hof.
Altrenommiertes Haus in nächst. Nähe der Kaiser-Heinrich-Quelle. Schöner Garten-Anlagen. I. I. Verpflegung. Telephon Nr. 9.
Besitzer: **H. Wolff.**

Remagen.
Rhein-Hotel
(F. Liese).
Schönste Lage am Rhein.

Interlaken.
Hotel Bavaria.
Haus mit über 100 Betten, prachtvollen Gartenanlagen, elektrischer Beleuchtung.
Offenes Wer. Restauration.

Seebad Misdroy,
schönstes Bad der Ostsee.
Strandhotel und Pension Belvedere,
direkt am Meer und Bäder, bekannt beste Verpflegung, Prima Küche.
C. Schwarzkopf, Besitzer.

Grabenstr. 46. Grabenstr. 46.
Bad Ems.
Hotel-Restaurant „Weidenbusch".
Gut bürgerliches Haus in der Nähe der Quellen u. Bäder.
Volle Pension von 4 Mark an. Zimmer von Mk. 1.50 an.
Gute Küche. Garten u. b. Hause.
Besitzer: **H. Schwarzbach.**

Hotel u. Pension
Johannesser Kurhaus
bei Zellerfeld im Oberharz,
600 Meter hoch, mitten im Walde gelegen.
Pensionspreis 4—7 Mark.
Prospekte gratis.
Besitzer: **Wilh. Gerge.**

Hotel Bellevue, Bad Homburg v. d. Höhe.
Haus I. Ranges am Kurgarten und Quellenhof.
Lift. Fahrstuhl. Elektr. Beleuchtung. Dampfheizung. Lichtbäder. Diätgemäße Küche auf Wunsch. Krankengymnastik bei Ingenieur Rutenfluh. Zimmer von 2.50 Mk. an. Volle Pension von 10.50 Mk. an und höher. Autogarage. Eigene Dampfwascherei. **Vacuum Reiniger-Anlage.**
W. Fischer, Besitzer.

Bad Kreuznach.
Hotel u. Pension Kauzenberg.
Bäder im Hause — großer Garten. In nächster Nähe des Kurgartens. Elektrisches Licht. Automobil-Remise.
Besitzer **W. Reichardt.**

Ahrweiler.
Hotel Stern.
Altrenommiertes Haus. Neu eingerichtet u. vergrößert. **Garantiert reine Ahr-Rotweine,** eigene Weinbergslagen aus besten Lagen. Anerk. gute Küche. **Pension.** Gross. u. klein. Gesellschaftssäle. Wahlr. Umgeb. u. Ausflüge. Omnibus am Bahnhof.
C. Schmitz, Weingrosshandlung.
Telephon 38. Amt Neuenahr.
Stallung. Automobil-Garage.

„Park-Hotel" Reinhardsbrunn.
Herzogl. Domäne im Thür. Wald. — Bad Friedrichroda.
Unbedingt beste Luftkur und Sommerfrische.
In nächster Nähe des Schlosses, inmitten des herrlichen Parkes gelegen. Bevorzugt durch seine gesunde und ruhige Lage. Familienwohnungen mit voller Pension. Bäder Post und Telegraphie im Hause. Nachmittags-Kurkonzerte. On parle français. — English spoken.

Rolandseck am Rhein.
Neu eröffnet. **Hotel Victoria.** Neu eröffnet.
In prachtvoll schönster Lage, 9 Min. vom Bahnhof u. 1 Minute von der Schiffstation. Grosser, schattiger Garten u. Gartencafé.
Diners von Mk. 1.50 an. Pension von 4.50 Mk. an.
Prima Küche. **ff. Weine.** **Gute Biere.**
Telefon No. 2. ***W. Schulte.***

Bürgenstock a. Vierwaldstättersee, Schweiz
Kurhaus und Pension **Mattgrat**
792 m. ü. M.
Komfort. Neuban in schönster Lage, umgeben von herrlichen Waldungen. Unvergleichlicher Ausflugspunkt auf See und Gebirge.
Vorzügliche deutsche Küche.
Volle Pension 4.20 Mk. bis 7 Mk. Wer- u. Nachtessen reduzierte Preise.
Prosp. d. **Bucher-Rieke.**

Baden-Baden. **Hotel Victoria.**
I. Ranges.
Beste Lage, renommierte, feinste Küche und Keller, komfortabel eingerichtet, große, mittlere Preise, elekt. Licht, hübs. Pens.-Anfang. Pensionen, Bäder.

Bad Soden am Taunus
bei Frankfurt a. M.
Hotel: Schöne Aussicht
Bekannt wegen seiner vorzüglichen Verpflegung. Preise mäßig. Schöner Sand und Garten, elektrisch Licht.
Feinste Lage Sodens.
Besitzer seit 2 Jahren **M. Göth.**

Sehr empfehlenswert!
Hotel und Wienerrestaurant „Elektra"
Zell am See.
Hans Stallinger, Pächter.

Rippoldsau Bad Schwarzwald 570 m ü. d. M.
Gasthof und Badhaus z. Klösterle.
Schöne ruhige Lage in Waldeinsamkeit. Vollständig renoviert u. neuzeitgerichteten Bädern. Volle Pension 5—7 Mk. Dependance: Villa Sommerheim.
G. Bächle, prakt. Arzt. **H. Fritsch,** Inhaber.

Düsseldorf.
Hotel Heck.
Altrenommiertes Haus I. R., centrale Lage, nahe Hofgarten, Theater, Konzerthäuser, Königsallee, 6, Ubernehmen, bekannt gute Küche u. Weine bei cin. Preisen. Schattig. Garten. Elektr. Licht u. Zentr.-Heizung.
Fritz Meyer, Bes. (1903 Opern 1, 99.)

Lugano.
Hotel Oberland
Deutsches Haus, in schönster Lage mit Garten, 5 Min. vom Bahnhof. Prachtv. Rundsicht auf See und Gebirge, mässige Preise. Zimmer von frcs. 2.— an.
M. Weilhäuser, Besitzer.

Rüdesheim a. Rh.
Darmstädter Hof.
Vorzügliche Verpflegung.
Mässige Preise.

Kneipp'sche Kur Jordanbad
bei **Biberach** (Württbg.) Gute Alm-Fichtennadelbäder. Ziv. Wagen von Röm. Schöne, ruhige Lage, dicht an großen Waldungen. 340 m ü. M. Gr. Prospekt im Haus u. Waldhaus, bei, an neuerb. Kurhaus mit neuen Einricht. u. neuen Betten. Elektr. Licht. Lift. Milch. Forelle. Prosp. gratis d. d. Inhab. Arzt Dr. **J. N. Stützle,** ob. d. **Badeverwaltung** (Schiefer Oberin).

Königl. Nordseebad Norderney.
Strandhotel **„Kaiserhof"**
nebst Villen am Strande.
Größtes vornehmes Hotel am Platze. Ca. 140 Zimmer und Salons. Von allen Zimmern Ausblick auf See. Elektrisch Licht.
Kohlstedt & Kramberg, Besitzer.

Interlaken (Schweiz).
Reichshotel (Pension)
a. d. Hauptpromenade. Appartements. Altbekannte Weinstube. Bergarten. Restaurant. Mässige Preise. Auto-Garage.
C. Lichtenberger, Besitzer.

Bad Kissingen.
Hotel Wittelsbach, Pension.
in nächster Nähe der Quellen und Bäder.
Restaurant, Table d'hôte.
Elektrisch Licht. — Mässige Preise. — Omnibus.
R. Schmidt.

COBLENZ.
Hotel Monopol Metropole.
Erstklassiges Familienhaus mit allem Comfort der Neuzeit. Aufmerksamste Bedienung. Preiswerte Pension.
Gebr. D'Avis, Wein-Grosshandlung.

Linz a. Rhein.
Europäischer Hof.
Eingang direkt am Rhein gelegenes Hotel I. Ranges.
Großer, schattiger Garten, bedeckte Veranden, große und kleine Säle. Telephon Nr. 36. Omnibusse am Bahnhof und Dampfschiff.
Besitzer: **G. Schäfer.**

Bad Kissingen.
Hotel Büdel.
Altrenommiertes Familien-Hotel
in vorzüglicher Kurlage.
Elektrisch Licht. **Pension.** Zentralheizung.

Appenzell (Schweiz), Luft- u. Molkenkurort, 800 m ü. M.
Gasthof zum „Hirschen"
empfiehlt den HH. Kurgästen und Touristen seine schönen Lokalitäten unter Zusicherung prompter Bedienung bei mässigen Preisen. Renommierte Küche und reingehaltene Weine. Zuvorkommende Aufmerksamkeit über allgemeine Begebenheiten im Kurlebengebiete.